

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: pränumerando: Vierteljährlich 2.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2.00 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1894.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechshöchste Anzeigenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gemeinnützige Anzeigen und Verordnungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zünftig 20 Pf. für die erste Zeile, jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Zeilen haben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 31. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Trommle die Leute aus dem Schlaf!

Der „Vorwärts“ kam heute seinen 30. Geburtstag feiern. Am 30. März 1884 erschien die Probenummer des „Berliner Volksblatts“ — mitten in der schweren Zeit des Schandgeschehes, ein Zeichen, daß die Partei allen Schikanen Trotz zu bieten vermocht hatte und, aller neuen Attacken spottend, rüstig vorwärts zu schreiten entschlossen war. Mit bescheidener Abonnentenzahl nahm das Blatt den Kampf auf: es begann mit 2000 Abonnenten, die auch 1885 erst auf 4000 angewachsen waren. Freilich war ja auch das Rekrutierungsgebiet noch ein unendlich viel geringeres, denn nur 76178 sozialdemokratische Stimmen wurden bei der Reichstagswahl von 1884 in Berlin, Niederbarnim und Teltow-Beesow gezählt. Aber 1888 hatte das „Volksblatt“ bereits 11 000 Abonnenten, und als nach dem Fall des Sozialistengesetzes durch Beschluß des Paritätetages von Halle das „Volksblatt“ als „Vorwärts“ zum Zentralorgan der Partei bestimmt wurde, konnte es am 1. Januar 1891 den neuen Abschnitt seiner Tätigkeit bereits mit 25 000 Abonnenten beginnen.

Von nun ab ging es mit der Parteibewegung und der Verbreitung der sozialdemokratischen Presse mit Riesenschritten vorwärts. Nicht der gewaltigen Werbearbeit der Parteigenossen allein ist diese in der Geschichte aller Parteien einzigartige Erscheinung zu danken. Denn die wirtschaftliche Entwicklung selbst schuf in revolutionärem Schaffensdrang die Vorbedingungen des sozialdemokratischen Siegesmarsches. Die moderne Technik verlieh dem Kapitalismus Titanenkräfte, und mit der Konzentration der industriellen Riesendetriebe wuchs auch das Meer des Lohnproletariats ins Riesenhafte, häuften sich die Arbeitermassen in den in amerikanischen Stil wachsenden Großstädten und Industrieregionen. Die moderne Völkerwanderung trieb Millionen und Abermillionen vom Osten nach dem Westen, vom platten Land in die Massenquartiere der rauchenden Schlote. Und die Sozialdemokratie, als die Partei der wirtschaftlichen Entwicklung, die Vorkämpferin des Lohnproletariats sammelte in rastloser Aufklärungs- und Organisationsarbeit die Massen um ihr rotes Banner.

Die Entwicklung der Berliner Parteibewegung ist der Spiegel der Gesamtbewegung. Rascher noch als das Wachstum der Reichshauptstadt und des weit ins Land sich hinauschiebenden Kaisermeeres der Vororte, die ihrer Bevölkerungszahl nach längst selbst zu gewaltigen Großstädten geworden sind, vollzog sich das Wachstum der Groß-Berliner Sozialdemokratie. Statt der 76 178 Stimmen, die sie vor dreißig Jahren auf sich vereinte, wurden bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1912 in den acht Groß-Berliner Wahlkreisen 561 066 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Das macht für Berlin selbst 75,3 Proz., für Niederbarnim 71,6 Proz. und für den Konstituierwahlkreis Teltow-Beesow 58,7 Proz. aller überhaupt abgegebenen Stimmen. Und mit der roten Stimmenflut wuchs auch die Verbreitung des „Vorwärts“. Aus den 25 000 Abonnenten des Jahres 1891 waren 1902 bereits 86 000 geworden, 1906 war das erste Hunderttausend erreicht und 1909, als wir das Jubiläum des ersten Vierteljahrhunderts seines Bestehens feiern konnten, zählte der „Vorwärts“ 140 000 Abonnenten, die sich inzwischen auf beträchtlich über 160 000 vermehrt haben.

Ein ununterbrochener Aufstieg, an den kein hämischer Spotteln und Geiern unserer lieben Gegner etwas zu ändern vermog. Wohl hat die Wirtschaftskrise, die ja die Arbeiterchaft zuerst und am schwersten trifft, den sprunghaftigen Aufstieg verlangsamt, wohl war ein kurzer Stillstand in dem Wachstum der Presse und der Organisationsziffer zu verzeichnen — aber der tote Punkt ist bereits überwunden und rüstig geht es wieder vorwärts. Die Partei zählt zurzeit mehr als 1 100 000 Mitglieder in ihrer politischen Organisation und mehr als 1 1/2 Millionen Abonnenten. Und die Rührigkeit ihrer Kämpfer wird dafür sorgen, daß der glänzende Erfolg der so tödlich geschwächten roten Woche keine vorübergehende Erscheinung bleibt. Schon beginnt es sich selbst weit über die Kreise der 1/4 Millionen sozialdemokratischer Wähler hinaus im Volke kräftig zu regen, um das unerschämte Schandregiment abzuschütteln, das Junker und Schlotbarone in dreifachem Uebermut zu etablieren gedachten. Vorna-Begau ist das untrügliche Barometer der Volksstimmung, die trotz aller Kenglichkeit und Veisetreterei der liberalen Führer resolut zur energischen Schwankung nach links drängt.

Es geht vorwärts. Und wie könnte das auch anders sein bei der Politik unserer herrschenden Klassen, die geradezu an Tollhässlichkeit und Selbstmord grenzt. Bringt doch jeder neue Tag neue Provokationen und Prüüfungen der

Volksmassen. Gerade in dem Augenblick, wo der Wehrbeitrag den ziffernmäßigen Beweis erbringt, daß die Kapitalistenklasse dem Staat viele Milliarden an Vermögen, Hunderte von Millionen an Einkommen unterschlagen hatte, wo der berauschende Reichtumszuwachs des Unternehmertums in voller Kraft aus Tageslicht gezogen wird, offenbart das Ausbeutertum ohne Scham und Scheu seinen unüberwindlichen Gang zur Steuerdrückbergerei. Nicht das Proletariat und den kleinen Mann gedankt man zu entlasten, sondern durch enorme Steuererhöhen an die Reichen und Reichsten deren trauriges Los zu lindern. Vor allem aber lehnt es der Großgrundbesitz, dem die Wucherzölle Milliarden in den Schoß geworfen, kategorisch ab, sich durch ein einwandfreies Einschätzungsverfahren gebührend zu den Steuern heranziehen zu lassen.

Um aber dem aus dem gleichen Wahlrecht hervorgegangenen (leider nur durch eine skandalöse agrarische Wahlkreisgeometrie noch allzusehr verfälschten) Reichsparlament gründlichst den Kopfschmerz anzulegen, wühlt und heht das preussische Junkertum leidenschaftlich gegen das Reich und den Reichstag. Die preussische Geldadventur und der vom preussischen Scharfmachergeist unterjochte Bundesrat sollen gegen die Erwählten des Volkes ausgespielt werden. Absolutismus und die Militärdiktatur à la Zabern sollen als Werkzeuge des Junkerregiments das Volk knebeln und bützeln und der rücksichtslosesten Ausplünderung preisgeben. Der neue Zolltarif soll „ludenlos“ werden, auf daß dem Volke zum Heile der lachenden Großgrundbesitzer auch noch die wenigen Lebensmittel künstlich verteuert werden, die bis jetzt noch halbwegs erschwinglich waren.

Da nur aber das Krautjunkerum trotz seiner Landräte und Gorbeseutnants unvernünftig wäre, seinen Willen allein durchzusetzen, hat es Klerus und Schlotjunker als Hilfstruppe gewonnen. Für die Schwarzen hat es die lödendsten Reder bereit: die Stärkung der Kirche, die Verfassung von Säule und Fortbildungsschule und die schönen lex Seinge-Gesetze zur angeblichen Bekämpfung der Unsitlichkeit, in Wirklichkeit zur stupiden Vermüdung des Volkes, zur Anebelung der freien Wissenschaft und Kunst, zur Proklamierung des Gebärzwanges! Und den Schlotjunker beut es nicht minder bestechende Gaben: die Erdrosselung der Gewerkschaften, den perfiden Arbeitswilligenschuß, die raffinierte Jugendverblödung durch eine „haatserhaltende“ Jugendpflege, für die man Millionen auf Millionen aus allgemeinen Staatsmitteln vergeudet. Dem Rüstungskapital stellt man — ein Jahr nach der kolossalen Wehrvorlage — neue fette Aufträge in Aussicht, für die dann natürlich wieder die nichtbesitzende Klasse die Mittel aufzubringen hat!

So gedenkt der edle Dreibund der Zollwucherer und Steuerdrückberger, der Wahlrechtsgegner und Koalitionsrechtsfeinde, des Gebärzwanges und der Volksverwundung das deutsche Volk herrlichen Zeiten entgegenzuführen!

Die wachsende Gärung der Massen beweist, mit welchen Gefühlen sie diesen Volksbeglückungsplänen gegenübersteht. Käme es jetzt zu allgemeinen Neuwahlen, wie sie vor kurzem noch verblendete Scharfmacher zu ersehnen schienen, so würde das Los des Reichsverbandsgenerallissimus in Vorna-Begau von manchem der acht preussischen Männer geteilt werden. Klüglich läßt man denn auch die Hände von dem Feuerchen, an dem man sich gründlich verbrennen würde. Man harret lieber auf eine günstigere Gelegenheit und hofft auf die märchenhafte Guimätigkeit der Massen, ihre Vergeßlichkeit und ihr Phlegma.

Da ist es denn Sache der geistig Regen und politisch Reifen, beizeiten dafür zu sorgen, daß der deutsche Michel nicht wieder nach kurzer Aufwallung in Schläfrigkeit und Apathie zurückfunkt.

Vor Ueberrumpelung ist nur geschüßt, wer gerüstet ist. Stärken wir unsere Rüstung! Die rote Woche hat uns gezeigt, welche gewaltige Reserven noch für unsere Organisation, für unsere Presse heranzuziehen sind, wenn wir nur wollen! Keine satte, behagliche Rückschau auf errungene Erfolge darf der Vorwärts-Gedenktag sein, sondern ein wuchtiger Ansporn zu neuer Tätigkeit, neuem Kampfe!

Man schilt uns Sozialdemokraten so oft Doktrinäre. Nun, zeigen wir unsern Gegnern, daß wir es auch mit der Feinsähen „Doktrin“ halten:

Trommle die Leute aus dem Schlaf,
 Trommle Rebeile mit Jugendkraft,
 Marschiere trommelnd immer voran,
 Das ist die ganze Wissenschaft!

Die Lage in England.

Der Rücktritt des Kriegsministers und der Generale.

London, 30. März. Offiziell wird der Rücktritt des Kriegsministers Seely und der Generale French und Ewart bekanntgegeben. Asquith übernimmt das Kriegsministerium.

Ueberraschende Erklärungen im Unterhause.

Asquith bleibt bis zur Wiederwahl dem Unterhaus fern.

London, 30. März. Unterhaus. Das erste Anzeichen für den Rücktritt des Kriegsministers Seely war der Umstand, daß er bei seinem Eintritt auf den hinteren Bänken Platz nahm. Premierminister Asquith gab den Rücktritt der Generale French und Ewart bekannt. Er verteidigte ihre Gründe, obgleich er sie bedauerte. Die Offiziere wünschten, es vollkommen Margeficht zu sehen, daß sie in völliger Uebereinstimmung mit seiner Erklärung vom 27. d. M. seien. Asquith sprach dann die Hoffnung aus, daß die Offiziere fortfahren würden, dem Staate und dem Heere zu dienen. Hierauf teilte Asquith mit, daß der Kriegsminister Seely ihn zu seinem Bedauern davon unterrichtet habe, daß er sich verpflichtet fühle, den gleichen Weg einzuschlagen. Er, Asquith, habe sich mit großem Widerstreben entschlossen, Kriegsminister zu werden. Der König hätte seine Zustimmung zu erkennen gegeben. Diese Ernennung mache jedoch seine Widerwahl notwendig, und so müsse er das Haus bis zur Nachwahl verlassen.

Die Erklärung des Premierministers kam dem Hause vollkommen überraschend. Einen Augenblick war alles sprachlos, dann brachen bei den Ministerellen fürmliche Cheersrufe los. Die gleiche Kundgebung wiederholte sich, als Asquith die Kammer verließ. Sodann betonte Oberst Seely in einer persönlichen Erklärung, daß er nicht wegen irgend einer politischen Meinungsverschiedenheit mit seinen Kollegen zurückgetreten sei, er sei zurückgetreten, damit es nicht den Anschein habe, als ob ein Minister mit Dienern der Krone einen Handel darüber abgeschlossen habe, was getan werden müsse.

Im weiteren Verlauf der Sitzung lenkte der Unionist Smith die Aufmerksamkeit auf die Vorbereitungen der Regierung im Heer und Marine und erklärte, diese seien umfangreicher und bedeutungsvoller, als die Regierung zugegeben habe, die Bewegungen seien voreilig und herausfordernd, ihr Plan sei napoleonisch, aber ein Napoleon sei nicht da.

Rücktritt Lord Morley's.

London, 30. März. Oberhaus. Im Verlaufe der Debatte gab Lordpräsident des Geheimen Rats, Viscount Morley, der zusammen mit dem Kriegsminister Seely die zwei Paragraphen der besakmten Denkschrift ausgearbeitet hatte, die dann vom Kabinett nicht gebilligt wurden, eine Erklärung ab, die man dahin auslegt, daß sie seinen bevorstehenden Rücktritt anzeige.

Die Arbeiter Ulsters.

(Von unserem Korrespondenten.)

Belfast, 27. März.

Es ist das tragische Schicksal der Arbeiterchaft in diesem vom blinden, fanatisch-religiösen Haß zerrissenen Lande, die Kosten der Kämpfe zu tragen, die ihr keinen Gewinn bringen können. Die Ulsterfrage ist in mehr als einem Sinne eine Arbeiterfrage. Arbeiter bilden die Scharen der Freiwilligen, die bereit sind, unter der Führung Sir Edward Carson's, „unseres Edwards“, ihr Blut für die Aufrechterhaltung der Union mit Großbritannien zu vergießen. Die Arbeiter Belfast sind die Bauern, die in dem Schachspiel der englischen Konservativen um die Macht im Staate den Vorkampf des Königs und der Ritter decken sollen. 60 Arbeiter waren es, die im Jahre 1886 bei der ersten Homerule-Bill in den Straßen Belfast ihr Leben verloren, und noch weit reichlicher wird diesmal das Blut der Proletarier fließen, sollte die englische Reaktion auf die Fortführung ihres verwegenen Unternehmens bestehen. Denn das geben hier selbst die Homerule zu: die Arbeiter, die den Orangegesellschaften angehören, nehmen es mit dem militärischen Drill sehr ernst. Sie sind überzeugt, daß mit der Homerule die Herrschaft des Papstes in Irland anfängt, daß ihnen dann etwas Furchtbares, Gräßliches passieren muß. Was das ist, hat uns noch niemand recht auseinandersehen können. Es sind auch nicht Gedanken, sondern Gefühle, Vorurteile und Traditionen, die diese geistig stumpfe Masse leiten und sie zum Spielball der herrschenden Klasse machen. Eigene Führer hat diese Masse noch nicht entwickelt. Gewerkschaftlich ist sie nicht trägt. Die gelehrten Verufe sind sogar gut organisiert. (In der Stadt Belfast, die gegen 400 000 Einwohner hat, zählt man 25 000 bis 30 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen.) Doch die Gewerkschaftsbeamten gehören einer anderen Arbeiterchaft, der Arbeiterintelligenz, der kleinen Gruppe der Sozialisten, an. Aber wage nur keiner von ihnen, sich öffentlich als Sozialist zu bekennen! Der Sozialist ist ein Homerule und beinahe so schlimm wie ein protestantischer Arbeiter, der sich zur Homerule bekennet. Ohne Gnade würde man ihn davonjagen; ja, man würde es verhindern, daß er in Belfast Arbeit findet. Dem ersten Genossen, den wir in Belfast zufällig antrafen, war etwas Rehnliches zugeflogen. Er gehörte früher der Organisation der Orangemänner an (der großen politischen Organisation der Protestanten Irlands, die sich nach Wilhelm von Oranien, dem Besieger des katholischen, irischen Heeres unter Jakob II., nennt), wurde dann Sozialist und Home-

ruler, wurde von einem unerbittlichen Arbeitkollegen von der Werk vertrieben und muß nun in Großbritannien oder Londonberch im äußersten Norden Irlands Arbeit suchen. Ramentlich auf den Werften macht sich die Unzulänglichkeit zeitweilig in heftigen Ausbrüchen bemerkbar. Auf der Werft der Firma Harland and Wolff wird der Fanatismus durch Lord Pirrie, der ein Homeriker ist, im Raum gehalten. Doch auf der anderen großen Werft, die der Firma Woodman and Clark gehört, wird er von dem Chef, Herrn Clark, auf alle mögliche Weise geschürt. Dieser Herr läßt seine Arbeiter auf dem Werftplatz als Ustervolonäre militärische Übungen machen — wohl, damit sie keine dem Profit gefährliche Gedanken bekommen. Es wäre aber nicht recht, wollte man behaupten, daß die Gesamtheit der protestantischen Arbeiter an der oft in Lauslichkeiten ausartenden Unzulänglichkeit gegenüber ihren andersdenkenden Arbeitkollegen teilnahm. Die Sachlage ist vielmehr so, daß die Mehrheit einer fanatischen Minderheit diese Ausschreitungen erlaubt. Manche protestantischen Arbeiter sind sogar einschüßlich genug, bei Parlamentswahlen für einen katholischen Demokraten und gegen einen protestantischen Reaktionsführer zu stimmen. So vertritt der bekannte Nationalist Devlin, der sich als Demokrat und Arbeitervertreter ausgibt, im Parlament den Wahlkreis Belfast-West, den er ohne die Stimmen der protestantischen Arbeiter nicht halten könnte.

„Reden Sie nicht von protestantischen Arbeitern,“ sagte uns ein Genosse, „das könnte zur Verwirrung führen.“ Wir vergaßen, daß wir uns im Mittelalter befanden, und daß man den Worten hier keinen modernen Inhalt geben darf. Im politischen Sinne sind in Ulster alle Protestanten Protestanten; aber im religiösen Sinne muß man einen deutlichen Unterschied machen zwischen Protestanten und Presbyterianern. Weshalb? Das konnten wir nicht erfahren. Und die Leute, die diese feinen Unterschiede machen, haben sich noch viele andere kuriose Dinge in den Kopf gesetzt. Sie rüsten sich, um gegen die „Päpstlichen“ gewappnet zu sein. Der großen Masse erscheint der kommende Kampf als ein Gefecht auf Leben und Tod gegen die Nationalisten. Daß unter der Hämule das Militär in Irland wie bisher vom englischen Parlament abhängig sein wird, kommt ihr kaum zum Bewußtsein. Welche Zweifel tauchen allerdings auf. Aber sie glauben nicht, daß die englische Regierung das Militär gegen die Ustervolonäre schicken wird. Gerücht England dennoch diese Kreuzlosigkeit, nun dann wird das protestantische Deutschland seinen Glaubensgenossen in Ulster zur Hilfe kommen. Denn hat Gustav Adolf nicht Deutschland geholfen? Es scheint uns, daß das Deutsche Reich in Irland die fatale Rolle der Vorsehung spielen muß, die ja stets zwei Heeren zur gleichen Zeit helfen soll. Als wir uns vor einigen Monaten in Dublin in einer Gesellschaft von Nationalisten befanden, wurde die Frage aufgeworfen, ob denn Deutschland den Nationalisten nicht helfen könne, wenn die liberale Regierung Englands versagen sollte. Solche Dinge mögen in der unionistischen Presse Irlands nicht erörtert werden, aber sie beherrschen die Gedanken der Masse, mit der die Ustervolontäre betrieben wird. Sie mögen uns unverständlich und lächerlich erscheinen, aber den Predigern, die der Masse in den Kirchen gabarnische Reden halten, und der Masse selbst, sind sie lautere Wahrheiten. Daß eine solche Bevölkerung den sozialen Problemen unserer Zeit wenig Verständnis entgegenbringt, kann einen nicht wundernehmen. Nach ihrer Ansicht ist an allem die Religion schuld. Das nationalisistische Irland ist eben arm und industrielos, weil es katholisch ist. Wo die römische Kirche herrscht, da wächst kein Kraut. Die geschichtliche Erklärung, nach der die englischen Beherrscher Irlands, um in ihrer protestantischen Garnison in Ulster einen Stützpunkt zu haben, das Kapital der dortigen Leinwandindustrie begünstigten und die Wolleindustrie im katholischen Irland zugunsten der englischen Wolleindustrie vernichteten, gilt einfach nicht. Weshalb der Durchschnittslohn in der großen Leinwandindustrie, von der der Wohlstand der Stadt Ulster in erster Linie abhängt, um einmahl 40 Proz. tiefer steht als der Durchschnittslohn in der Baumwollindustrie in Lancashire, das man in einigen Stunden mit dem Schiff erreichen kann, darüber zerbricht man sich nicht den Kopf. Daß die nationalisistischen und religiösen Jänkereien etwas damit zu tun haben, will nicht einleuchten. Kommen wir unter ein katholisches Parlament, so ist es mit unserem Wohlstand aus.

Wir blühen auf die Straße. Draußen auf der Hauptstraße Belfast laufen drei zerlumpte Anirpse barfuß auf dem eisigen Pflaster herum. Der eine findet in der Gasse etwas, hebt es auf und ißt es. Wohlstand! Freilich äußerlich macht Belfast nicht den traurigen Eindruck, den Dublin auf den Besucher macht. Belfast ist eine neue Stadt. Die Arbeiter der Geogindustrie wohnen in Häuschen, die den englischen nicht unähnlich sind. Sie haben regelmäßigeren Beschäftigung als die Dubliner, der Arbeit und Regierungsschicht. Die Löhne der gelehrten Arbeiter sind in beiden Städten nicht sehr verschieden; vielleicht sind sie in Dublin noch etwas besser. Der ungelernete Arbeiter Dublins ist allerdings schlimmer dran als sein Belfast-Kollege: seine Arbeitsgelegenheit ist geringer als in der Industriestadt und er muß die haufälligen, zu Spelunken herabgesunkenen ehemaligen Bourgeois Häuser bewohnen, aus denen die nationalisistischen Parteihäuptlinge so großen Nutzen ziehen, bis sie den Bewohnern dachhählich über den Kopf zusammenbürzen. Es gehört schon das geübte Auge des Malers dazu, zwischen dem Geiz des Dubliner Feinds und dem Geiz des Belfast „Wohlstands“ zu unterscheiden.

Das Recht der Duala und das Recht des Reichstags.

Der bekannte Kolonialforscher Dr. Paul Rohrbach ist mit der Behandlung der Duala-Angelegenheit durch den Deutschen Reichstag in hohem Maße unzufrieden. In einem Artikel, den die „Kagdeburgische Zeitung“ veröffentlicht, macht er der Volksvertretung die schlimmsten Vorwürfe. Er spricht von „totaler Unverständnis“, das geradezu erschrecken müsse und schließt mit dem Satze:

„Jeder Mensch, der die Kolonien kennt, jeder Beamte, jeder Offizier, jeder Pflanzler, Farmer, Kaufmann, jeder Sergeant und Keiler in der Schutztruppe vermag zu Dingen wie die Duala-Debatte in der Kommission nur zu sagen: Das ist der Gipfel der Kenntnislösigkeit.“

Rein Wunder, daß die Anhänger der kolonialen Gewaltpolitik von dieser Kritik begeistert sind. Um so mehr, als sie den Dr. Rohrbach als einen Liberalen oder sogar, um mit der „Deutschen Tageszeitung“ zu reden, als einen „Linkliberalen, durchaus sozial gerichteten Kenner der Verhältnisse, einen unbedingten Anhänger und Verehrer des Parlamentarismus“ ansprechen zu können glauben. Diese Annahme stützt sich ohne Zweifel auf die engen persönlichen Beziehungen, die Rohrbach zu der Raumannschen Gruppe unterhält, der er, als sie noch nationalsozial hieß, die Wege zu einer „nationalen“ Auslandspolitik zu weisen beflissen war. Er schreibt auch sehr noch gelegentlich kolonialpolitische Aufsätze für die Raumannsche „Olfte“; aber mit Linkliberalismus hat Herr

Rohrbach, der immer mehr an die Seite der Kolonialen Schärpmacher gerückt ist, und politisch den Udeutschen nicht fernsteht, sonst nichts zu tun.

Jedoch verdienen Rohrbachs Ansichten über den vorliegenden Streitfall auf alle Fälle besondere Beachtung, weil hier mit einer Ungeniertheit, wie sie selbst die „Deutsche Tageszeitung“ von sich aus nicht zu produzieren gewagt hat, alle Gewaltmaßregeln gebilligt werden, durch die den Eingeborenen der deutschen Schutzgebiete die Möglichkeit, beim Reichstag zu petitionieren, und diesen selbst die Möglichkeit sich über die Vorgänge in den Kolonien auf Grund von Mitteilungen der Schwarzen zu unterrichten, geraubt wird. Wenn der Reichstag darauf bestünde, sagt Rohrbach, daß irgend welche Eingeborenen in den Kolonien an ihn Proteste gegen Maßnahmen der verantwortlichen Behörden richten könnten, dann höre bald jede Möglichkeit einer geordneten Verwaltung in den Schutzgebieten auf. Seine Meinung nach war die Beschlagnahme des Telegramms an den Reichstag selbstverständlich und die spätere Freigabe ein Akt gefährlicher Schwäche: „Das Gouvernement hätte das beschlagnehrende Telegramm erforderlichenfalls drathlos mit Bericht an die Kolonialverwaltung schicken und die Eingeborenen, die es abzusenden versuchten, bestrafen oder scharf verwarnen sollen.“

Nach Ansicht des nationalen Kolonialpolitikers besitzen die Eingeborenen kein Petitionsrecht. Die Petitionskommission des Deutschen Reichstages hat im Jahre 1906 aus Anlaß eines Spezialfalles (es handelte sich um die Eingabe einer österreichischen Stadt in Schiffsfahrtsangelegenheiten) entschieden, daß auch Ausländer Petitionen an den Deutschen Reichstag richten dürfen. Was Ausländern zusteht, soll also für Eingeborene der deutschen Schutzgebiete ein strafwürdiges Verbrechen sein. Mit vollem Recht hat die Reichstagskommission damals jene Auffassung vom Petitionsrechte preisgegeben, die in ihm ein besonderes, den Unterthanen von der Regierung gewährtes Privileg erblickt. So möchte man es bewerten, als in den Kämpfen wider den aufgeklärten Absolutismus zuerst die Forderung auftauchte, den Bürgern die Freiheit zu verstaten, sich mit Bitten und Beschwerden an die Stände zu wenden. Heute ist es einfach eine Lächerlichkeit, irgend einer Privatperson oder einer Vereinigung das Recht zu bestreiten, das Parlament über einen bestimmten Gegenstand zu informieren und es eventuell um Abhilfe eines Uebels zu ersuchen, zumal da das Parlament ja nicht verpflichtet ist, die Petition an die Regierung weiter zu geben, oder seinerseits den in ihr ausgesprochenen Wünschen zu entsprechen.

Aber auch wenn man den unter deutscher Hoheit stehenden Schwarzen wirklich ein Recht freizügig macht, das man den Ausländern gelährt und das jeder Biot in Deutschland besitzt und, wie die Berichte der Petitionskommission beweisen, in reichem Umfange ausübt, so bleibt doch noch immer die von Rohrbach so lebhaft verteidigte Beschlagnahme des Telegramms an das Parlament durch die kolonialen Behörden eine unerhörte Anmaßung. Die sich der Standpunkt rechtfertigen, daß ein Duala dem Reichstag keine Bitte unterbreiten darf, so könnte das Reichstagsbureau als Empfänger der Petition die Eingabe beiseite legen und dem Absender eine entsprechende Mitteilung machen. Der kolonialen Postbehörde aber und der Bezirksamtmannschaft, die in dem vorliegenden Falle noch dazu Partei war, die Berechtigung auszusprechen, nach Belieben der deutschen Volksvertretung die für sie bestimmten Mitteilungen der Schwarzen vorzuenthalten, das heißt nicht nur die Eingeborenen der deutschen Schutzgebiete zu wehrlosen Sklaven machen, sondern den Deutschen Reichstag unter die Kontrolle der Verwaltungsbehörden stellen, und damit den Herrn zum Diener und den Diener zum Herrn machen.

Politische Uebersicht.

Der Triumph der Alt-Nationalliberalen.

Am Sonntag hielt der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei seine Frühjahrssammlung ab, in der es zu einer allgemeinen Aussprache über die innere Parteipolitik kam. Ueber die Ausführungen, die von zahlreichen Rednern gerade über die innerpolitischen Streitigkeiten gemacht wurden, fällt sich die nationalliberale Presse vorzüglich in Schweigen. Offenbar sind dabei Dinge erörtert worden, die einen allzu tiefen Blick in die Kassen gestatten und die deshalb der Öffentlichkeit schämig vorenthalten werden. Mitgeteilt wird uns nur der Inhalt der Bassermannschen Rede und der verschiedenen angenommenen Resolutionen. Aber schon das genügt, um einen Sieg des Herrn Fuhrmann über Herrn Bassermann feststellen zu können.

Herr Bassermann glaubte in seiner Rede die Einseitigkeit der nationalliberalen Auffassungen konstatieren zu dürfen. In allen großen Fragen herrsche in der nationalliberalen Partei, namentlich auch zwischen Landtags- und Reichstagsfraktion, die schönste Harmonie. Auch in der Wirtschaftspolitik seien alle Meinungsunterschiede längst überwunden. Was heißt das anders, als daß die Nationalliberalen sich ausnahmslos zur Hochschätzung berechnen!

In der Sozialpolitik, so führte Herr Bassermann weiter aus, hätten zwar in einzelnen Dingen verschiedene Auffassungen bestanden, aber auch hier sei größere Einseitigkeit zutage getreten. Darüber bestände bei keinem ein Zweifel, daß man jetzt der Industrie Zeit lassen müsse, sich in die ihr auferlegten schweren Lasten einzuleben. Das heißt also: Von einer Fortführung der Sozialpolitik will in der nationalliberalen Partei niemand etwas wissen! Aber mehr noch: Volle Einmütigkeit stellte Herr Bassermann auch in der Frage des Arbeitslosen-schutzes fest. Reichstags- und Landtagsfraktion seien in ihrem Vorgehen einmütiger Auffassung gewesen. Auch das bedeutet nichts anderes, als daß die geschäftige Gewerkschaftsfeindschaft des Fuhrmann-Friedberg-Klügels der Partei, der die nationalliberale Landtagsfraktion beherrscht, das soziale Glaubensbekenntnis der gesamten nationalliberalen Partei geworden ist.

Bemerkenswert für den Triumph der Friedberg, Köhling, Hirsch-Essen und Fuhrmann ist auch der Beschluß, den Geschäftsführenden Ausschuss zu beauftragen, durch Verhandlungen die gleichzeitige Auflösung des jungliberalen und des altnationalliberalen Verbandes unverzüglich herbeizuführen. Die Altnationalliberalen fühlen sich offenbar so sehr als Beherrscher der Situation und der Organisation, daß sie auf jede Sonderbündelei verzichten zu können glauben. Dagegen soll die jungliberale Opposition durch die Auflösung ihrer Organisation vollends zur Strecke gebracht werden. Daß die Nationalliberalen nichts darstellen als eine Spielart des Freikonservatismus, war ja längst kein Geheimnis mehr. Immerhin ist es erfreulich, daß der Zentralvorstand durch seine Beschlüsse und Beschlüsse auch für die Rindereingeweihten jede fernere Täuschung unzulässig macht.

Attentat auf einen Sergeanten in Straßburg.

Das Wolffsche Telegraphen-Bureau meldet aus Straßburg im Elß:

Straßburg, 30. März. Als am Freitag gegen Mitternacht auf dem östlich von Behl gelegenen Fort Kirchbach die Glode an der Einlaßpforte gezogen wurde und der wachhabende Sergeant vom Infanterieregiment Nr. 136 in dem Glauben, es sei der aus der Stadt zurückkehrende Kommandant des Forts, die Tür öffnete, fiel aus nächster Nähe ein Schuß. Die Kugel streifte leicht die Brust des Unteroffiziers. Als dieser eilige Schritte hinausging, um sich nach dem Täter umzusehen, fiel ein zweiter Schuß. Diesmal wurde der Wachhabende in der Weistengegend getroffen. Die Kugel plattete aber an einem Fünfmarschfeld in seinem Portemonnaie ab, ohne Schaden zu tun. Die sogleich ausgeschiedenen Patrouillen lehrten unberrichteter Sache wieder zurück, da es bei der tiefen Dunkelheit nicht möglich war, den Täter zu ermitteln.

Amtliches Ergebnis der Wahl in Borna-Pegau.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Borna-Pegau am 26. März erhielt Parteisekretär Kysel (Soz.) 14 821, General a. D. v. Liebert (Reichspartei) 12 781 Stimmen. Kysel ist somit gewählt.

Noch etwas aus dem konservativen Hauptquartier.

In Sachen der vor Jahresfrist entlassenen „Kreuzzeitung“, Redakteur wurde dieser Tage die erste gegen den Generalsekretär der konservativen Partei und Geschäftsführer der „Kreuzzeitung“, Bruno Schroeter, schwebende Klage letztinstanzlich zu dessen Ungunsten entschieden. Der Klage lag folgender Tatbestand zugrunde: Der ehemalige Redakteur der „Kreuzzeitung“, Dr. Schwarz, hatte ihm zu Ohren gekommene Gerüchte über das moralische und geschäftliche Gebahren Schroeters durch Vermittlung von drei ihm politisch nahestehenden bekannten Geistlichen den maßgebenden Instanzen der konservativen Partei und der „Kreuzzeitung“ G. m. b. H. zur Prüfung und Klärung mitgeteilt. Daraufhin wurde ihm, unter Verweigerung einer angebotenen Rechtfertigung, das Vortreten der „Kreuzzeitung“ Räume verboten, und gleichzeitig erging an viele hervorragende Persönlichkeiten der konservativen Partei ein anonymes Schreiben, dessen Inhalt Dr. Schwarz bei der Partei diskreditieren und ihn angeblich zur Klage zwingen sollte. Als der Vordränge Dr. Schwarz tatsächlich klagte und sich zur Begründung auf die erwähnten Gerüchte berief, die ihn veranlaßt hätten, die Vermittlung der betreffenden Geistlichen anzusuchen, inhibierte Schroeter die Zahlung des Dr. Schwarz noch für 3 Monate zustehenden Gehalts. In dem sich hieraus ergebenden Zivilprozeß wurde Schroeter zur Zahlung und Tragung der Gerichtskosten verurteilt. Er legte nun beim Kammergericht Berufung ein und suchte durch die Behauptung, es habe sich um freisinnige Pastoren gehandelt, an die Schwarz sich gewandt hätte, nachzuweisen, daß dieser die Gerüchte in böswilliger Absicht an die Öffentlichkeit gebracht habe, woraus eine zu Recht bestehende sofortige Entlassung herzuleiten sei. Der Rechtsbeistand von Dr. Schwarz, Rechtsanwalt Hepper, wies aber nach, daß es sich um konservative, z. T. bei der „Kreuzzeitung“ mitarbeitende Pastoren gehandelt hat. Das Kammergericht stellte sich auf den Standpunkt des Sorderrichters und härdete Schroeter sämtliche Kosten auf.

Drei sozialdemokratische Stadtverordnetenmandate für ungültig erklärt.

Im November 1913 wurden in Elmshorn sämtliche drei zur Wahl stehenden Stadtverordnetenmandate von der Sozialdemokratie erobert. Wegen unweiblicher Mängel bei der Wahlhandlung lösch ein Rechtsanwalt Dr. Petersen im Namen des nationalliberalen Vereines die Gültigkeit der Wahl an. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß aber einstimmig, die Wahlen für gültig zu erklären, weil die angeführten Mängel das Wahlergebnis nicht beeinträchtigt hätten. — Gegen diesen Beschluß klagte Dr. Petersen beim Verwaltungsgericht in Schleswig. Der Verwaltungsbescheid hat jetzt die Wahlen für ungültig erklärt. Er ist aber auf die vom Kläger angeführten Protestgründe gar nicht eingegangen, sondern stützt sich auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts, wonach eine Wahl für ungültig zu erklären ist, wenn auch der Wahlvorsteherüberreiter an den Geschäften der Wahlkommission teilnimmt, ohne daß die Notwendigkeit der Stellvertretung vorliegt. Bei der in Frage stehenden Wahl hatten aber der Wahlvorsteher und sein Stellvertreter gleichzeitig an den Geschäften der Wahlkommission teilgenommen. Für diese gesegnete Zusammenlegung der Wahlkommission ist der Magistrat verantwortlich zu machen.

In den letzten Jahren sind übrigens mehrmals Einsprüche gegen die Wahlen erhoben worden, weil der Magistrat die gesetzlichen Bestimmungen nicht beachtet hat. Nach der letzten Wahl wurde er von sozialdemokratischer Seite auf die nicht dem Gesetz entsprechende Belanntmachung der Wahlhandlung hingewiesen. Jetzt, wo die Gemächten Sozialdemokraten sind, muß die Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen durch den Magistrat herhalten für die Ungültigkeitserklärung.

Ueberschüsse der „Deutschen Tageszeitung“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ freut sich, nach ihrem jüngst erschienenen Geschäftsbericht für 1913 hat sie im letzten Jahre einen Reingewinn von rund 384 000 M. bei einem Aktienkapital von 1 380 000 M. erzielt, also einer Verzinsung von reichlich 28 Proz. 50 005,29 M. sollen der politisch gleichgesinnten Presse überwiesen werden; 44 137,45 M. bekommt der Bund der Landwirte; 20 000 M. erhält der Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds; 20 000 M. werden zur jagungsmäßigen Schuldenentlastung benutzt. Aus dem jetzt noch verbleibenden Gewinn von 220 000 M. erhalten die Aktionäre 10 Proz. Dividende. Das macht auf das Aktienkapital 138 000 M. Die nunmehr noch verbleibenden etwa 84 000 M. werden an die Gesellschaftsbeamten sowie an den Vorstand und den Aufsichtsrat als Gratifikationen und Tantiemen verteilt.

Die „Korrespondenz des Deutschen Bauernbundes“ bemerkt hierzu: Wenn der konservative Generalsekretär Runge mit Aufwand all seiner verfügbaren sittlichen Entrüstung von dem spekulativen Großkapital und von den hohen Dividenden der Aktiengesellschaften erzählt, wird er wohl in Zukunft auch die „Deutsche Tageszeitung“ mit ihren Gratifikationen nicht zu nennen vergessen.

Das Zentrum gegen das Petroleummonopol.

Das Zentrum legt für die dritte Lesung des Petroleummonopols dem Reichstage einen ganz neuen Vorschlag vor, der den Zweck hat, das gestörte Monopol zu vereiteln. An dessen Stelle soll eine Art Kartellgesetz treten, das die Einfuhr und den Handel für Petroleum regelt. Nach dem Entwurf soll die Menge der in jedem Kalenderjahre einzuführenden Mineralöle vom Bundesrat festgelegt werden. Zur Einfuhr sind diejenigen Personen und Gesellschaften berechtigt, die in den Jahren 1908 bis 1918 an der Einfuhr beteiligt waren. 20 Proz. der gesamten Einfuhr sollen nach freiem Ermessen des Bundesrats verteilt werden. Der Kleinhandel darf nicht durch dieselben Personen und Gesellschaften erfolgen, welche an der Einfuhr beteiligt sind. Der Verkaufspreis für Leuchtöl muß an allen Orten des Reichs, frei Haus des Kleinhandlers geliefert, der gleiche sein. Eine Verteuerung darf auf keinen Fall eintreten. Zur Überwachung der Vorschriften soll eine Reichskommission gewählt werden. Wie in Bayern das Zentrum das Staatsmonopol des Staates zu hintertreiben sucht, so will es auch ein Reichs-Petroleummonopol verhindern, um die Profite der Kapitalisten nicht zu schmälern.

Amerika und das Petroleummonopol.

Präsident Wilson erklärte einem Telegramm aus Washington zufolge, die Institutionen an den amerikanischen Volkshäusern in Berlin in Verbindung mit der deutschen Petroleummonopolver-
lage hätten lediglich eine Anfrage, nicht einen Protest ent-
halten, er habe den Volkshäusern angewiesen, festzustellen, ob eine
unterschiedliche Behandlung der amerikanischen Industrie vorläge.

Auf diese Anfrage wird die deutsche Regierung mit gutem Ge-
wissen beneidend antworten können.

Herr Dr. Nathansohn dankt!

Zu unserer gestrigen Notiz „Lebius, Coohn und Nathansohn“ schickt
uns Herr Dr. Nathansohn folgende Berichtigung:

„In Nr. 88 schreibt der „Vorwärts“: „Mit Herrn Dr. Nathan-
sohn, dem Generalsekretär der gelben Werkvereine, sollen Unter-
handlungen schweben wegen Uebernahme des volkswirtschaftlichen
Teiles der „Staatsbürger-Zeitung“. Diese Behauptung ist un-
richtig. Richtig ist vielmehr, daß Verhandlungen in dieser Frage
meinerseits niemals geschwebt haben und auch niemals schweben
werden.“

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes erlaube ich Sie, dies in
Ihrem Blatte richtigzustellen.

Hochachtungsvoll

Dr. Hugo Nathansohn.

Herr Dr. Nathansohn rennt mit seiner Berichtigung offene Türen
ein. Wir haben in unserer in bedingter Form ausgesprochenen Be-
hauptung durchaus nicht gesagt, daß seinerseits — wie
Herr Nathansohn ausdrücklich betont — Verhandlungen geschwebt
haben.

Recht interessant ist aber an der Berichtigung, daß Herr Nathan-
sohn niemals mit Rudolf Lebius solche Verhandlungen
führen werde. Hat er in der Zeit, wo er am „Bund“ Redaktions-
kollege des Lebius war, ihn so gründlich kennen gelernt, daß er für
alle Zukunft handlungsfähig ist? Oder lebt es sich bei den
Arbeiterkreisen — um ein Schlagwort der scharfmacherischen
Ausraggeber des Herrn Nathansohn zu gebrauchen — bei den Gelben
immer noch erträglich? Das scheint ja so! Hat doch Lebius mit
einem dort gemachten Vermögen von 70—80 000 Mark die „Fakne
der Wirtschaftsfriedlichen“ verfaßt und sich außerdem ein ganz
enormes Schweigegehalt gesichert.

Danziger Krankenkassenterror.

Unlängst wurden in der Parteipresse Mitteilungen gemacht über
die Methode, durch die der „freilinnige“ Stadtrat Dumont in
der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig die nationale
Diktatur gegen die ihm unbecommene Sozialdemokratie handhabt. Mit
seiner Abneigung bedient er besonders den Genossen Bartel,
dessen Fähigkeiten und objektive Mitarbeit im Kassenvorstand er selbst
anerkennt. Dumont hat nun Bartel im Verdacht, Artikel
verfaßt zu haben, die die Danziger „Volkswacht“ gegen seine
Diktatur brachte. Nachdem er die Uebernahme des Genossen Bartel
als Beamten auf die Ortskrankenkasse verbinde hat, holte er nun
zu einem großen Schläge aus, um den Unbecommenen für immer zu
befristen. Er beantragte bei dem Versicherungsausschuss,
Bartel auf Grund des § 24 der Reichs-Versiche-
rungs-Ordnung seines Vorstandspostens zwangs-
weise zu entheben, weil er sich des Vertrauens
unwürdig gezeigt habe, das sein Amt er-
fordere. Diese ungeheuerliche Maßregelung, die erste ihrer Art
in Deutschland überhaupt, forderte er mit der Begründung, weil
Bartel gegen ihn gerichtete Artikel der „Volkswacht“ veranlaßt
habe.

Der schneidige „freilinnige“ Herr verliert also seine Attitude
nicht bloß gegen die Unabhängigkeit der Vorstandsmitglieder, sondern
gleichzeitig gegen die ihm verhaßte Freiheit der Presse. Er verspricht
sich von diesem Vorhaben deshalb Erfolg, weil der Vorsitzende des
Oberaufsichtsausschusses in Danzig, Oberregierungsrat Behrend,
ein konservativer Draufgänger und sein spezieller Gönner ist.

Der Wahlkampf in Stockholm.

(Von unserem nach Schweden entsandten
Korrespondenten.)

Stockholm, 30. März.

Der gestrige Wahltag in Stockholm hat die Spannung hier ein
wenig behoben. Die Stadt hat heute ihr gewöhnliches Aussehen
wieder, und die Wählerversammlungen, in denen es vereinzelt zu
Zwischenfällen kam, gehören der Vergangenheit an. Nur die „Ver-
teidigungskämpfe“ sieht man noch an dem einen und anderen Koch-
trog, keine Abzeichen, die für gutes Geld verkauft werden und der
Propaganda der Landesverteidigung dienen. Die Sozialdemo-
kratie hat dafür eine Wahlblume herangezogen, eine rote Rose, die
in Massen im ganzen Lande verkauft wurde und dem Parteiwahl-
fonds eine gute Einnahme gebracht hat. Ueberhaupt hat sich die
Operativität der schneidigen Arbeiter wieder glänzend bewährt.
Die Parole des Parteivorstandes, eine Tageseinnahme für
den Wahltag zu operieren, fand in den Massen großen Wieder-
hall.

Das Stockholmer Wahlergebnis ist erst als Rohresultat heraus-
gekommen. Demnach haben von 56 372 Wahlberechtigten 43 689 ihre Stimme
abgegeben. Das sind 82,4% mehr Stimmen als bei der oiderntlichen
Wahl 1911. Damals stimmten 68,7% der Wahlberechtigten,
dieses Mal aber 71,4%. Das ist für schwedische Verhältnisse
eine noch nie dagewesene Wahlbeteiligung, die bei den kommenden
Wahlen im Lande wahrscheinlich noch überboten wird. Es ist dabei
zu bemerken, daß der Schlepperdienst hier nicht angewendet werden
kann, weil im Wahllokal nur eine amtliche Kontrolle
der sich meldenden Wähler gestattet ist.

Gewählt wird nach einem Proportionalwahlverfahren,
das jedem 24 Jahre alten Wähler das Wahlrecht gibt, sofern er
keine Steuern schuldet. Eine weitere Einschränkung bildet die
Forderung der erfüllten Wehrpflicht. Wer also von der
militärischen Aushebung nicht befreit wurde, kann nur dann wählen,
wenn er die Wehrpflicht erfüllt hat. Auch über diesen Punkt sind
viele Wähler gestolpert, die vielleicht im Auslande gemessen sind und
die letzten Übungen nicht mitmachen konnten. In den Wählerlisten
waren 82 891 Wähler eingetragen, aber nur 56 372 waren schließlich
wahlberechtigt. Die konservative „Demokratisierung“ des Wahl-
rechts entpuppt sich also in ihren Wirkungen als ein reaktionäres
Instrument.

Eine kleine Stillstunde konservativer Agitationmethoden wird
für deutsche Leser nicht ohne Interesse sein. In einer von der
konservativen Partei herausgegebenen Wahlproklamation heißt es u. a.:
„O, Bauern, sind das nicht merkwürdige Zeiten, in denen
wir leben? Unseren eigenen Boden wollen sie uns nehmen, die
Religion wollen sie uns rauben, und die Ehe langt auch nicht
länger, vielmehr kommen sie bald und wollen unsere Ehefrauen
auch haben. Gedankt man der Schimel von Kuma, die marde-
ten und schändeten, wie andere ähnliche Gewalttaten verübten,
die immer mehr modern geworden sind, so gilt es wohl auf-
zupassen, falls die neuen Lehren ein wenig mehr auf dem Lande
gepredigt werden sollten.“

Diese Töne sind typisch für den Tiefstand der konservativen
Agitation. Die persönlichen Verunglimpferungen der Gegner sind
gleichgültig. Ich hätte schon berichtet, wie man Stenax offen
vermehrt, Landbesitzer zu sein und im russischen Solde zu stehen!
Jetzt wird plötzlich im Lande die Wäre verbreitet, Stenax sei ver-
kassiert worden! Wegen Spionage natürlich. Da man ihn zum
Landbesitzer bereits gestempelt hat, ist der Zweck des verbreite-
ten Gerüchts klar: Es soll der Ansicht erweckt werden, als ob der
Landbesitzer inzwischen nachgewiesen wurde und die Verhaftung
erfolgen mußte. Bevor die Wahrheit in die weiten Landbezirke
dargebracht ist, wird der Wahltag vorüber und manche Stimme
eingefangen sein.

Aus den Stadien laufen nun die Wahlergebnisse der kommunalen
Kreiswahl vom 25. März ein. Die Situation scheint
sich folgendermaßen zu gestalten: Die Liberalen hatten im
wesentlichen ihre Position, wenn auch einige Verluste zu verzeichnen
sind. Erfolge erzielen die Konserverativen und die
Sozialdemokraten in ungefähr gleichem Verhältnis. Die
Zahl der Mandate ist vermehrt, und diese neuen Sitze werden nach
den bisher bekannt gemachten Resultaten meistens den Konser-
vativen und Sozialdemokraten zufließen. Den entscheidenden Aus-
schlag gibt jedoch das dritte Land, und hier stehen die endgültigen
Resultate noch aus. Die Teilnahme an den Wahlen geht bis zu
85 Proz. der Wahlberechtigten hinaus, eine noch nie dagewesene
Wahlbeteiligung. Das Wahlrecht ist ein Pluralwahlrecht,
das je nach der Steuerleistung des Wählers ihm bis zu 40 Stimmen
gibt. Auf den sozialdemokratischen Wähler pflagen im Durchschnitt
acht bis zehn Stimmen zu entfallen, auf den Liberalen 18 bis 20,
und auf den Konserverativen 28 bis 30. Das erklärt ja auch den
Vormarsch der beiden Flügelparteien; die Sozialdemokratie bringt
die größere Zahl der Wähler auf, die Konserverativen aber verfügen
über die größere Steuerkraft und haben daher relativ mehr
Stimmen.

Die ersten Resultate.

Stockholm, 30. März. Die ersten Resultate der Wahlen
zur Zweiten Kammer sind jetzt bekannt. Bei der heutigen Aus-
zählung der Stimmen in dem einen der beiden Stockholmer Wahl-
kreise zeigt sich, daß für die Parteien der Verteidigungs-
freunde 6220 Stimmen abgegeben wurden, während die
Liberalen (Anhänger des ehemaligen Ministerpräsidenten
Stenox) 3890 Stimmen und die Sozialdemokraten 10 831
Stimmen erhalten haben. Die Liberalen haben damit
ein Mandat an die Verteidigungsfreunde verloren.

Bei den Wahlen im Jahre 1911 erhielten im gleichen Wahlkreis
die Konserverativen 3291 Stimmen, die Liberalen 3830 und die
Sozialdemokraten 6840 Stimmen. Die Wiederwahlen des
Führers der Rechten Admiral Lindmann, des Führers der
Sozialdemokraten, des Rebaliers Branting, und des che-
maligen Kultusministers im Ministerium Stenox Dr. Berg sind
gesichert.

Schweiz.

Ein agrarischer Sieg.

Mit 115 gegen 45 Stimmen hat der schweizerische Nationalrat
in namentlicher Abstimmung beschlossen, den Zoll auf argentinisches
Gefrierfleisch auf 25 Franken pro Zentner zu erhöhen. Zu dieser
Erhöhung mußte der unsinnige Beschluß gefaßt werden, ganze
Ochsen mit Knochen, Hüften und Köpfen als Konservern zu deklarieren.
Dieser Zoll bedeutet eine Verteuerung des Gefrier-
fleischs um 29,4 Proz. des Wertes desselben. Dies ist ein
Bucherzoll ersten Ranges. Gegen den Bucher stimmten außer
den Sozialdemokraten nur die bürgerlichen Städtevertreter.

Rußland.

Der Proteststreik.

Petersburg, 30. März. Auf den Putilow-Werken
streikten heute alle 15 000 Arbeiter.

Japan.

Der Kampf um das parlamentarische Regiment.

Tokio, 30. März. Fürst Tokugawa hat sich außerstande
erklärt, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Die Seihurmai-
oder Unionistenpartei beschloß, jedem Ministerpräsidenten
oder Ministerium Widerstand entgegenzusetzen, die sich nicht ver-
pflichten, die Regierung nach dem Parteiprogramm zu führen.

Fürst Tokugawa begründete seine Ablehnung, die Bildung des
Kabinetts zu übernehmen, damit, daß seine Familie es für
unwürdig des Hauptes der alten Shogunats er-
klärt habe, in die aktive Politik einzutreten.

Dem Viscount Ribaura, dem Führer einer mächtigen
Partei im Oberhaus, wurde heute vormittag vom Kaiser eine
Audienz gewährt. Er bemüht sich nunmehr, die Unterstützung der
Seihurmai und die Unterstützung des Oberhauses unter das Botum
der Majorität im Unterhaus zu erreichen.

Südafrika.

Sie weichen zurück.

Kapstadt, 30. März. Im Parlament wurde auf Antrag des
Justizministers Dewet ein scharfer Gesetzesantrag zur Aufrecht-
erhaltung des Friedens, in dem strenge Strafen für
Versammlungen von Aufrührerischen und für Verhinderung
von Arbeitswilligen bei Ausständen vorgelesen werden,
zurückgezogen. Dewet erklärte, er werde anstelle dieser Bill
einen Zusatzantrag zu dem Gesetz betreffend aufrührerische Ver-
sammlungen und deren Auflösung einbringen.

Mexiko.

Der Kampf um Torreón.

Juarez, 30. März. Nach einer von der Seeresleitung der
mexikanischen Insurgenten herrührenden Meldung dauerten die
Kämpfe um den Besitz von Torreón gestern abend spät
noch an. Die Insurgenten befinden sich jetzt im Besitz fast
aller Stellungen. Sie geben zu, in den sechsstägigen Kämpfen
900 Tote und Verwundete gehabt zu haben. Die Verluste
der Bundesstruppen werden auf 2000 Mann geschätzt.

Von anderer Seite wird angenommen, daß die Ver-
luste der Insurgenten zu niedrig angegeben sind.
Die gefangenen Bundesoldaten werden gezwungen, in die
Insurgentenarmee einzutreten. Die gefangenen Offiziere
werden erschossen, wenn sie nicht der Sache der Insur-
genten den Eid der Treue schwören.

Aus der Partei.

Welcher Wählerrücktritt?

Bei der Gemeinderatswahl in Babelsberg bei Potsdam
(Golstein) unterlag unser Genosse dem Kandidaten des gelben
Wahlvereins der „Aarshütte“ mit 27 gegen 302 Stimmen. Dieser
einzigste Grobvertrieb in der Gemeinde ist seit dem letzten verun-
glückten Streik eine Zustätte für die gelbe Organisation geworden.
Mit allen Schiffen wurde hier gearbeitet. Schon tagelang vor
der Wahl wurde in dem Bereiche kolportiert, wer nicht den Wer-
kandidaten wählt, werde entlassen und ihm die Wohnung gekündigt.
Die rückständigen Steuerzahler wurden wohlberichtet gemacht, der
Betrieb für den Wahltag stillgelegt, die in den Wohnhäusern
wohnenden Wähler wurden mit Hochdruck zur Wahlurne gedrängt
und hart zur Wahl des gelben Kandidaten veranlaßt. — Unsere
Genossen werden gegen die Wahl Protest einlegen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Dem „liberalen“ Vereinsgesetz.

Die Düsseldorfener organisierte Arbeiterkraft ist Eigen-
tümern beim. Benutzen von zwei Gewerkschaftshäusern. Von
dem einen ist sie seit dem Jahre 1900 Pachterin; das zweite, das
1909 eröffnete „Volkshaus“, ist Eigentum unserer Genossen. Seit
18 Jahren wird alljährlich im März in öffentlicher Partei- und Ge-
werkschaftsversammlung der Bericht über die Verwaltung und die
Waltung des Gewerkschaftshausbetriebes gegeben. Das sollte auch

wieder am Freitagabend geschehen. Doch diesmal habe ich — zum
ersten Male in den 13 Jahren — ein Polizeikommissar mit einem
Stenographen im Saale eingefunden, um die Versammlung zu über-
wachen. Der Kommissar gab an, zu der Versammlung seien alle
Partei- und Gewerkschaftsmitglieder eingeladen, infolgedessen hand-
elte es sich also um eine öffentliche Versammlung, die zu überwachen
sei. Alle Hinweise, daß es sich doch um ein rein geschäftliches, nicht
einmal um unpolitisch öffentliche Angelegenheiten handelte, nützte
nichts. Die Polizei blieb; offenbar interessierten sie die Kochtöpfe
der Gewerkschaftshäuser. Da unsere Genossen keine Lust hatten,
sich diese polizeiliche Bevormundung gefallen zu lassen, fand die
Versammlung nicht statt. Sie wird in den nächsten Tagen abge-
halten werden, und zwar ohne Polizei. Was der Behörde unter
dem alten preussischen Vereinsgesetz nicht gelungen war, das glaubt
sie jetzt mit dem „liberalen“ Vereinsgesetz durchsetzen zu können. Die
Düsseldorfener Genossen werden sich das aber nicht so ohne weiteres
gefallen lassen.

Letzte Nachrichten.

Das Nachspiel zur Köpenicker Bootskatastrophe.

Der Schiffsführer Polzenhagen und der Bootsmann
Valentin, die bei Köpenick den Zusammenstoß zwischen ihrem
Schleppdampfer und einem Fährboot verursacht haben sollen, sind
auf Veranlassung des Untersuchungsrichters aufs neue ver-
haftet worden. Die Untersuchung der Katastrophe hat für die
Schuld der beiden Verhafteten so schwere belastende Momente
ergeben, daß ihre Wiederverhaftung zu Recht befriedigend erscheint.

Die Rochette-Kommission.

Paris, 30. März. Die Rochette-Kommission hat heute die Prü-
fung des Berichtes Jaurès beendet. Morgen nachmittag wird sie
in endgültiger Fassung niederlegen.

Die Mitglieder des Rochette-Ausschusses beobachten zwar
strenges Stillschweigen über die gefaßten Beschlüsse, doch wird in
den Wandelgängen der Kammer gerüchelt, daß der
Ausschuh den ehemaligen Ministeren Rouvière und Caillaux
wegen ihrer Einmischung in eine gerichtliche
Angelegenheit einen Tadel erteilt, daß er seiner-
seits das Vorgehen Barthou kritisierte, weil derselbe
ein Schriftstück an sich genommen habe, welches dem Finanz-
minister hätte verbleiben müssen, und daß er schließlich sein Ver-
halten darüber ausspricht, daß Verleumdungen fremder Ein-
flüsterungen gehorcht hätten.

Vertrauenskundgebungen für Caillaux.

Paris, 30. März. (B. L. B.) Der radikale Angriff des
Departements Riedernpforden hat einen Beschluß gefaßt, in wel-
chem dem ehemaligen Finanzminister Caillaux das vollste Ver-
trauen ausgesprochen wird. — Das radikale Wahlkomitee des
Bezirks von Ramers (Seine-Departement), dessen Vertreter
Caillaux in der Kammer ist, hat für eine Resolution, in welcher der
frühere Finanzminister zur Aufrechterhaltung seiner Kandidatur
aufgefordert wird, bereits 6267 Unterschriften gesammelt. Der be-
kannte Friedensapostel Senator d'Esrouvelles hat sich ver-
pflichtet, zugunsten Caillaux eine Wahlkampagne zu
unternehmen.

Die Krise im englischen Kabinett.

London, 30. März. (B. L. B.) Auf beiden Seiten des Unter-
hauses ist man verwirrt durch den plötzlichen Wechsel in der
Lage, und es ist schwer, eine zusammenhängende Ansicht darüber
zu hören. Die Unionisten glauben, daß die Regierung durch das
Wechseln und die Abschiedsreden zu erschüttert werden muß, daß
sie der Kraftanstrengung nicht gewachsen sein wird. Somerville und
das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat durchzuführen.
Die Liberalen aber vertrauen darauf, daß Asquith tüchtiger Sachver-
ständnis der Lage lösen wird; sie weisen darauf hin,
daß Asquith großen persönlichen Einfluß hat und glauben, daß er
die Dinge rasch ins rechte Geleis bringen wird. Im Unterhaus wird
auch betont, daß der Rücktritt Morley, wenn er wirklich erfolgt,
kein wesentlicher Faktor in der Lage ist, zumal Morley nur ein
Titularamt habe. Die Liberalen sind auch überzeugt, daß Wahlen
erst nach Erledigung der dem Parlament vorliegenden Angelegen-
heiten stattfinden werden.

Erklärungen Churchills.

London, 30. März. (B. L. B.) Unterhaus. Der Unionist
Smith erklärte weiter, das Kabinett habe vom ersten Augenblick
an die Forderungen General Goughs gekannt. Churchill sagte,
daß dieser Erklärung nichts Wahres sei. Das Schriftstück, das die
Besprechungen zwischen Seely und Gough enthielt, sei zu spät an das Kabinett gelangt, um
noch von den Ministern behandelt zu werden, und da Asquith den
Standpunkt des Kabinetts kannte, habe er es auf die ersten drei
Paragraphe der veröffentlichten Erklärung zusammengeschrieben
und es dann Seely ausgehändigt, der später auf eigene Ver-
antwortung die zwei Paragraphe hinzugefügt
habe. Das sei die Ursache seines Rücktritts gewesen. Sodann
fuhr Churchill fort: Nachdem die Opposition die persönlichen Ver-
mutungen der Regierung zurückgewiesen hat, war es die Pflicht
der Regierung, die Lage zu erwägen und in anbeacht der Verichte,
die von Polizei und Militär einliefen, wurden Vorsichtsmaßregeln
getroffen.

Churchill sagte weiter: General Paget seien für sehr ernste
Fälle zwei Vorschriften gegeben worden, nämlich: wenn Offi-
ziere dem Gehorsam verweigern sollten, gegenüber
Befehlen die Zivilgewalt zu unterstützen, so sollten sie entlassen
werden, und es sollte Rücksicht gelbt werden, falls sie von in Militär
bediensteten Offizieren erbeuten werden. Niemand, so erklärte
Churchill, hätte es in der Absicht der Regierung, des Kriegsministers
oder des Armeeministers gelegen, daß diese Vorschriften als hypothetische
Fragen dem ganzen Offizierskorps vorgelegt werden sollten, und
auch General Paget habe nicht daran gedacht. Churchill fügte
hinzu, es sei zugegeben worden, daß hier Mißverständnisse be-
standen hätten.

Dann fuhr er fort: Ich erhebe die entsprechende Klage
gegen die Führer der Opposition in beiden Häusern, daß sie ver-
sucht und soweit es in ihrer Macht lag, auch hemmt haben, die
Armee zu verführen (Weisfall bei den Ministerialen). Das
Heer wird als politische Waffe gebraucht (Wider-
spruch bei der Opposition). Die Konserverativen haben ein Ver-
gehen des Heeres gegen das Parlament angeführt, das nur zunichte gemacht werden konnte durch die Erledigung der
zwischen den beiden schwebenden Fragen. Wenn dieses Vorgehen
nicht unterdrückt würde, so würde das Heer erschüttert werden,
gerade wie das Oberhaus zuerst ausgenutzt und dann erschüttert
worden ist. (Weisfall bei den Ministerialen.)

Bergarbeiterstreik in Nordengland.

London, 30. März. (B. L. B.) In einer Versammlung von
Bergleuten in Barnsley wurde heute mit großer Mehrheit be-
schlossen, in den Ausbruch zu treten. Wahrscheinlich wird in-
folgedessen bis zum Mittwoch in allen Kohlenruben von North-
Yorkshire die Einstellung des Betriebes durchgeführt sein. 40 000 Mann
haben bereits die Arbeit niedergelegt.

Gewerkschaftliches.

Eine neue Schlinge für das Koalitionsrecht.

Das Kölner Oberlandesgericht fällt soeben eine Entscheidung, die — wenn sie Vorbildlich werden sollte — die Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiter außerordentlich einschränken würde.

Die Kölner Oberlandesgericht fällt soeben eine Entscheidung, die — wenn sie Vorbildlich werden sollte — die Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiter außerordentlich einschränken würde.

Dieser Anschlagzettel führte zu einer Anklage gegen die Vorstandsmitglieder des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins, Schulze und Schleinitz, wegen Beleidigung (1) des Gärtners Walter. Vor dem Kölner Schöffengericht machten die Angeklagten geltend, daß der abgeschlossene Tarif ausdrücklich 46 Pf. pro Stunde vorsehe, gegen ihn habe Walter verstoßen.

Die Revision von Schleinitz, die vor allem rügte, daß ihm der Schutz des § 193 zu Unrecht entzogen worden sei, wurde jetzt vom Kölner Oberlandesgericht verworfen.

Wer den Wortlaut des Anschlagzettels durchliest, wird nicht finden können, daß sein Inhalt irgendwie erheblich von den Bekanntmachungen abweicht, welche die Gewerkschaftsvorstände zur Warnung vor Bezug föhnt in der Arbeiterpresse

zu veröffentlichen pflegen. Nur hat man diesmal den Weg des Anschlags gewählt, um die Warnung auch an solche Arbeiter gelangen zu lassen, welche durch Presse und Versammlungen für die Organisation nicht erreichbar sind.

So wird ohne irgendwelche Inanspruchnahme der Befehgebung die Ausübung des Koalitionsrechtes mehr und mehr eingeeengt. Und diesen jämmerlichen Rest eines lediglich auf dem Papier stehenden Rechtes möchten die Scharfmacher der Arbeiterschaft auch noch rauben!

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter.

Im Laufe des gestrigen Tages hat zwischen den Vertretern der beteiligten Organisationen und dem Vorstand des Vereins der Brauereien sowie der Lohnkommission desselben eine Besprechung stattgefunden, in der neue Zugeständnisse gemacht wurden, welche der heute abend stattfindenden Versammlung der Vertrauensleute und Lohnkommission vorgelegt werden.

Die an der Lohnbewegung beteiligten Organisationen.

Vorstand und Vertrauensmänner der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter haben beschlossen, denjenigen Arbeitlosen, die bis einschl. 24. März cr. ausgeteuert sind, auf die Dauer von 8 Wochen die Arbeitslosenunterstützung, wie dieselbe im Verbandsstatut vorgelesen ist, aus Lokalmitteln weiterzugeben.

Die Auszahlung der Unterstützung beginnt erstmalig am Dienstag, den 24. März cr. in der Geschäftsstelle, Mulackstraße 10.

Die Maßnahmenschaffner Groß-Berlins stehen in einer Lohnbewegung, da der im Jahre 1909 abgeschlossene Tarifvertrag zum 1. April d. J. von der Arbeiterschaft gekündigt wurde.

Die gelben Berliner.

In der gelben Werksvereinsbewegung kam es im vergangenen Jahre zu einer Spaltung. Die Berliner, die in Gefahr standen, von den Offenern um die Führung der Bewegung gebracht zu werden, trennten sich von diesen unter dem Vorzeichen prinzipieller Meinungsverschiedenheiten.

hatte sich der Prinz entfernt, als ein Beamter der dortigen Kreisverwaltung auf den Kurhauswirt zutrat und ihm die Tasse, aus der der Prinz getrunken, für 10 M. abkaufte.

Derlei rührende Geschichten wandern immer wieder durch die Presse. Und der Grotschulke „Türmer“ bemerkt dazu: Es braucht nicht einmal eine Tasse zu sein; gelegentlich tut's schon ein fortgeworfener Zigarettenstummel.

Der „Türmer“, der selber mit Demokratie nichts gemein hat, zappelt an einer anderen Stelle des Heftes, das diese Klage enthält, seinem Programm die Worte ab: „Das Volk will an Autoritäten glauben, es sehnt sich nach diesem Glauben, man muß es ihm nur möglich machen.“

Es schau'n S' aba... Ein Kapitelchen von der Münchener Gemütslichkeit wird in der „Kölnischen Zeitung“ erzählt. Also, ich kam 5 Minuten vor 7 Uhr in die Mittelhalle des Münchener Hauptbahnhofs und verlangte vom Schalterbeamten eine Fahrkarte dritter Klasse, D-Zug nach Mannheim.

Ich stürzte mit kurzem Gruß davon und auf den Bahnsteig hinaus. Gottseibei! Da wachte schon das Schild: „D-Zug Augsburg-Mün.-Euttgart-Karlsruhe-Platz.“

Der Tassen-Byzantinismus. In den Blättern las man vor kurzem: „Der bei den Danziger Leibhütern stehende Prinz Friedrich Eitelmund von Preußen begab sich nach der letzten Sturmflut in den Kreis Ruyig zur Besichtigung der ungeheuren Sturm Schäden.“

sammenschluß auf dem Boden des Berliner Werksvereinsprogramms beschlossen. Die meisten der anwesenden Vertreter erklärten sofort den Anschluß ihrer Vereine; eine Reihe weiterer Vertreter stellte diesen Anschluß für die allernächste Zeit in Aussicht.

Nach den Ausführungen der einzelnen Redner konstatierten wir, daß eine Einigung zwischen der Berliner und Essener Werksvereinsleitung ausgeschlossen ist. Die anwesenden Vertreter deutscher Werksvereine begrüßen die Anregung zur Gründung des Kartellverbandes Deutscher Werksvereine und geben die Erklärung ab, das Programm der Berliner Werksvereine anzuerkennen, weil es den berechtigten Wünschen der deutschen Arbeiterschaft entspricht.

Der neugegründete Verband soll angeblich mit über 50 000 Mitgliedern ins Leben treten.

Tarifabschluß im Steinseggewerbe.

Im November vorigen Jahres trat die paritätische Schlichtungskommission für das Steinseggewerbe zusammen, um einen neuen Tarif zu beraten. Die Anträge der Arbeitgeber bedeuteten für die Arbeiter wesentliche Verschlechterungen nach jeder Richtung.

Für Steinseger vom 1. April 1914: 86 Pf. Kammer 1. April 1914: 86 Pf. Steinhauer 1. April 1914: 75 Pf.

In den Orten außerhalb des sechsmeiligen Umkreises um Berlin werden die Löhne durch Beschluß der Schlichtungskommission festgesetzt. Jahrgelderentschädigung unterliegt der freien Vereinbarung der Parteien.

Der Akkordtarif für die Steinhauer konnte noch kurz vor Zusammentritt des Einigungsamtes durch die paritätische Schlichtungskommission geregelt werden. Es werden gezahlt: Für Klempfleister aus allen Steinorten 6,50 M. bis 7,50 M.

Achtung, Kleber! Wegen Tarifbruch ist die Firma Gurmman, Schauffstr. 44, gesperrt. Die Schlichtungskommission.

Kleines Feuilleton.

Politische Pfefferbonbons von Theodor Storm. Briefe Theodor Storms, des großen Erzählers und Liederdichters, an Incho Rommelen, den Jugendfreund, werden in der „Neuen Rundschau“ erstmals bekannt gegeben.

Rommelen hatte dem Freunde mit Scherzreimen behängte Geschenke geschickt, und nun antwortete Storm: „Für Ihre Consetti und Pfefferbonbons noch einige aus meiner Fabrik.“

Rimmst du den Pfeffer, daß auf, was dir zu Mittag geschieht!

Freilich nur nach Gewissen und gänzlich nach Ueberzeugung! Rief ich ein Anderes dir, gut nicht war es fürwahr.

Man darf gespannt sein, ob die bürgerliche und junkerliche Presse wagen wird, diese Stachelstiche für ihre Leserschaften abzu drucken.

Der Tassen-Byzantinismus. In den Blättern las man vor kurzem: „Der bei den Danziger Leibhütern stehende Prinz Friedrich Eitelmund von Preußen begab sich nach der letzten Sturmflut in den Kreis Ruyig zur Besichtigung der ungeheuren Sturm Schäden.“

Absfahrtszeiten hat er aber schon! Er muß sofort... Ich: „Aber, so lassen Sie mich doch wenigstens herein!“

Ja stapfte mühsam mit Fahrkartenschalter zurück und fragte ob diese Karte auch zum Zug um 8 Uhr 20 Min. Geltung habe. Der Beamte erkannte mich sogleich wieder.

Notizen.

Theaterchronik. Das Deutsche Künstlertheater beginnt die Form, die eine Spielzeit lang erprobt wurde, aufzulösen: Rudolf Kitzner scheidet Ende Mai aus der Leitung aus.

Die Schule Reimann verabschiedet soeben ihr neues Programm für das Sommersemester 1914, welches am 2. April beginnt. Hans Baluschek wird die Korrektur einer Landschaftsklasse übernehmen.

Wirklich Ruhm in Zableu. Eine französische Zeitung berichtet, daß Mirra's epische Dichtung Mirra außer 27 Uebersetzungen ins Hochrussische, drei deutsche, vier englische, vier spanische, zwei dänische, zwei ungarische, vier italienische, eine polnische, zwei rumänische, zwei russische, drei schwedische, eine tschechische Uebersetzung erlebt habe und einmal in Blindenschrift umgelegt worden ist.

Die Tassen-Byzantinismus. In den Blättern las man vor kurzem: „Der bei den Danziger Leibhütern stehende Prinz Friedrich Eitelmund von Preußen begab sich nach der letzten Sturmflut in den Kreis Ruyig zur Besichtigung der ungeheuren Sturm Schäden.“

Achtung! Gastwirtsgehilfen! Herr Karl Worpahl, Inhaber des "Wagenhofersaals", Kanonenstraße 2, leitet die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse seiner Angestellten mit der Organisation ab. Herr Worpahl verlangt von seinen bei ihm beschäftigten Kellnern Arbeiten, die nicht zu deren Obliegenheiten gehören. Der vorgelegte Vertrag entspricht den Absicht zur Einführung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Herr Worpahl erklärte den Vertretern des Verbandes, den Vertrag nicht anzuerkennen zu können, sondern dann lieber einen „Halbfederer“ einstellen zu wollen.

Der Betrieb ist für organisierte Gehilfen gesperrt.
Verband der Gastwirtsgehilfen Berlin I.

Deutsches Reich.

Die Dresslauer Stalkutter sind in den Streit getreten. Der Grund zu dem Zustand ist in Lohnunterschieden zu suchen.

Der Streik der Winger in der Rheinpfalz hat die störrigen Weingarten zu Verhandlungen mit den Streikenden genötigt. Außer den sechs im christlichen Weingarten-Verband organisierten Wingern arbeitet im Weingebiet Rheinfelden a. d. Haardt kein Winger mehr. Zugunsten anderer Vorkommen werden zu erwarten, noch ist solcher zu verzeichnen. Der Verband der Weinbergbesitzer hat deshalb den Landarbeiterverband, die Vertretung der streikenden Winger, zu Unterhandlungen geladen, die Sonnabend, den 23. März, begannen, aber noch nicht zu Ende geführt sind. Nahezu zweijährige Auseinandersetzungen waren nötig, um den Weingartenbesitzern klar zu machen, daß die organisierten Winger zusammen mit einigen vom Landarbeiterverband geladenen Unorganisierten aus benachteiligten Orten unter keinen Umständen verhandeln werden. Auf den gleichen Standpunkt stellten sich die Winger gegenüber den ebenfalls geladenen Vertretern des christlichen Zentralverbandes der Forst- und Weinbergarbeiter, Holzhausen. Lediglich um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen, beauftragten sich die streikenden Winger schließlich, zugleich mit den Christlichen zu verhandeln, nachdem der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes erklärt hatte, daß ohne den Landarbeiterverband ein Tarif nicht abgeschlossen werden würde.

Obwohl zwischen den Forderungen der Winger und den bisherigen Angehörigen der Weinbergbesitzer noch erhebliche Unterschiede bestehen, besteht Aussicht, die zur Fortsetzung auf Dienstag, 31. März, verlagten Verhandlungen zu einem gedeihlichen Ende zu führen. Der Wingerstreik geht vorläufig mit der bisher gezeigten Einigkeit weiter.

Die Arbeiterauswahlwahlen in den Nürnberger Siemens-Schuckert-Werken.

Infolge der Wirtschaftskrise ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter und damit auch die Zahl der Wahlberechtigten geringer geworden. In den alten Werken fiel die Zahl von 6492 auf 5602, im neuen Werk von 1164 auf 1026 gegen das Vorjahr. Die freien Gewerkschaften hatten zwei Listen aufgestellt. Es erhielten (die in Klammern aufgeführten Zahlen sind die des Vorjahres) Liste III 2098 (2412) und Liste IV 1788 (2019) Stimmen, die Liste der Selben 807 (967), die der Christlichen 147 (180) Stimmen. Ungültig wurden 175 Stimmen erklärt. — Im neuen Werk erhielten die freien Gewerkschaften auf Liste III 363 (419) und auf Liste IV 481 (518) Stimmen, die Selben wählten sich mit 198 (197) Stimmen begnügten, während der Versuch der Christlichen mit ganzen 26 Stimmen gekrönt wurde. Das Ergebnis wird sein: In alten Werken erhalten die freien Gewerkschaften 23 und 21 (26) Vertreter, die Selben 5 (5) und die Christlichen einen (1); im neuen Werk freie Gewerkschaften 9 (9), gelbe 2, christliche 0 (0).

Ein Ergebnis, das angesichts der eigenartigen Umstände für die freien Gewerkschaften als erfreulich bezeichnet werden muß.

Aus Industrie und Handel.

Ein Riesenunternehmen in der Glasindustrie.

Wie in allen anderen Industrien, so treibt auch in der Glasindustrie die Entwicklung immer mehr zur Zusammenfassung der Betriebe und Kapitalien. Riesen, wie die Aktien-Gesellschaft der Gerresheimer Glasfabrikwerke vorm. Ferd. Hege in Gerresheim bei Düsseldorf und die Aktien-Gesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens in Dresden beherrschen heute schon, die erstere mit 9, die letztere mit 11 Millionen Mark Aktienkapital, die Verhältnisse der Industrie. Wie sehr sie dieselben beherrschen, mögen zwei Tatsachen zeigen. 1908/09 bestanden in der Glasindustrie 57 Aktiengesellschaften mit zusammen 69,8 Millionen Mark Aktienkapital. Es läßt sich leicht übersehen, welchen Einfluß unter diesen 57 Gesellschaften die beiden genannten Firmen mit ihren damals 7 und 10 Millionen Mark Aktienkapital ausüben. Eine weitere Tatsache bestätigt den Eindruck dieser Zahlen. Der Vorstand des deutschen Verbandes der Glasfabriken besteht aus neun Mitgliedern. Ohne W. a. b. l. gehören ihm an: Die Aktiengesellschaft der Gerresheimer Glasfabrikwerke vorm. Ferd. Hege, die Aktiengesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens in Dresden und die Hege Glasfabrik Schauenstein; die übrigen sechs Mitglieder werden von der Versammlung der Verbandmitglieder unter Ausschluß der genannten drei Firmen gewählt.

Von diesen beiden Großbetrieben steht die Aktiengesellschaft der Gerresheimer Glasfabrikwerke vorm. Ferd. Hege an erster Stelle. Sie wurde als Aktiengesellschaft im Jahre 1888 mit 5 Millionen Mark Aktienkapital gegründet. Heute verfügt sie über 9 Millionen Mark Aktienkapital. Außerdem arbeitet sie mit etwa 8 Millionen Mark fremden Geldern, die teils in Form von Hypotheken, teils in Form von Schuldverschreibungen (Obligationen) gegeben sind. Dazu soll in Kürze noch eine mit 5 Proz. verzinsliche 3-Millionen-Mark-Anleihe kommen. Die Reservefonds enthalten etwa 1 Million Mark. Außerdem sind weit über 1 Million Mark auf die neue Jahresrechnung 1914 vorgetragen.

Ueber die Entwicklung, die zwischen jenem Anfang mit fünf Millionen und dem heutigen Stand liegt, unterrichtet folgende Angaben: 1896: Erwerb der Glasfabrik Heber u. Söhne in Porto, 1899: Wahrung der Kreuznacher Glasfabrik (bis 1923), 1901: Ankauf der Glasfabrik Teutoburg in Brodeweide I. Weßl., 1904: Erwerb der Glasfabrik Bittelkind bei Minden, 1909: Erwerb der Glasfabrik Böttingen, 1914: endgültige Übernahme der Spiegelglasfabrik Reichholz, 1914: Beteiligung an der neugegründeten Gesellschaft „Berries de Russie“.

Die Firma verfügt heute über Anlagen in: Gerresheim mit 12 Bannern und 2 Owensmaschinen, Porto mit 5 Bannern, Kreuznach mit 4 Bannern (gepachtet), Brodeweide I. Weßl. mit 2 Bannern und 2 Ofenöfen, Böttingen mit 2 Bannern, Hörtel in Weisfalen mit 1 Banne, Bittelkind bei Minden mit 1 Banne, Bippstadt I. W. mit 1 Banne, Loth I. Br. mit 1 Ofenofen, Gerresheim bei Minden. Dazu kommen noch eine Reihe von Nebenanlagen und die Spiegelglasfabrik in Reichholz bei Düsseldorf. Insgesamt werden auf allen diesen Anlagen etwa 6000 Arbeiter beschäftigt.

Die Errichtung und Übernahme der Spiegelglasfabrik Reichholz ist unter eigenartigen Umständen erfolgt und hat feinerzeit die bürgerliche Presse lebhaft beschäftigt. Die europäische Spiegelglasindustrie ist im „Internationalen Spiegelglasverband“, das seinen Sitz in Brüssel hat, kartelliert. Sie dankt dem Syndikat eine hohe Verzinsung der in ihr angelegten Kapitalien. Diese hohen Profite haben Aktionäre der Gerresheimer Glasfabrik schon seit langem gelockt. Die Furcht vor dem Spiegelglasverband, das einem unerwünschten Außenstehenden nicht ohne Begrenzung würde, aber verbotener lange Zeit eine Realisierung des Planes. Als man sich endlich doch zum Bau entschloß, gründete man eine „Chamottefabrik“ mit 400 000 Mark Aktienkapital. Sechs Millionen Mark etwa sollte die neue Spiegelglasfabrik kosten. Deshalb mußte sich jeder Aktionär verpflichten, auf je 1000 Mark Aktienkapital

ein Darlehen von 2000 Mark zu geben. So ist denn ein Werk entstanden, das in der Abrechnung der Gerresheimer Glasfabrik, die inzwischen sämtliche Aktien erworben hat, mit 400 000 Mark für den Aktienwerb und 5 000 000 Mark für aus Mitteln der Gesellschaft gewährte Bau- und Betriebsmittel erscheint.

Die Rentabilität der Gesellschaft ist eine sehr gute. Es wurde in den Jahren 1908 bis 1913 14 Proz. Dividende gezahlt. Die höchste Dividende war dreimal 15 Prozent in den Jahren 1906, 1907 1908. Die Verzinsung des Aktienkapitals ist jedoch in Wirklichkeit höher, als in den Dividenden zum Ausdruck kommt. Abgesehen davon, daß große Summen in den „Abschreibungen“, im Reserve- und in diversen Fonds verschwinden sind, sind auch noch zweimal Gratisaktien ausgegeben worden.

Demgegenüber sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse elende. Die Arbeiter leben — wenigstens im Hauptbetrieb in Gerresheim — unter dem Druck eines raffinierten „patriarchalischen“ Ausbeutungssystems. Die eigentlichen Glasarbeiter arbeiten in Alfors zu Löhnen, die nur geringe Verdienste zulassen. Dafür haben sie freie Werkwohnung. Auch zahlt die Firma die Steuern für „ihre“ Arbeiter, Frauen und Jugendliche werden in großer Zahl beschäftigt. Mehrfach haben die Glasarbeiter versucht, sich von dieser Fron zu befreien. Es ist immer vergeblich gewesen. Und heute ist es speziell für die Flaschenarbeiter schwerer denn je, Forderungen durchzusetzen. Sie erliegen der Konkurrenz des „eisernen Kollegs“, der Owensmaschine.

Die Owensmaschine ist heute, nach den Angaben der dem Europäischen Flaschenverband angeschlossenen Firmen, die einzige brauchbare Maschine für die Flaschenfabrikation. Die Owenspatente wurden im Jahre 1907 von einer Vereinigung der verschiedenen nationalen Flaschenverbände, dem Europäischen Flaschenverband, für alle Länder, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, Kanadas, Mexikos, Japans und Chinas zum Kreise von 12 Millionen Mark erworben. Die erste Maschine auf dem Kontinent wurde 1908 im Gerresheimer Werk in Betrieb gesetzt. Heute arbeiten in ganz Deutschland über 20 dieser Maschinen, die 1913 etwa 150 Millionen Flaschen hergestellt haben werden. Die Produktion einer Maschine schwankt je nach der Größe der Flaschen, die hergestellt werden. Jedoch kann man eine Jahresherstellung von 6 bis 7 Millionen Flaschen annehmen. Auf dem Gerresheimer Werk beträgt die Leistung einer Maschine in 24 Stunden bis 24 000, durchschnittlich jedoch 24 000 bis 27 000 Stück. Wenn man die Produktion eines Handfläschers in einer Achtstundenschicht auf 6 bis 7 Durchschnitte „Hüttenhundert“ zu je 42 bis 45 Flaschen annimmt, so wird die Flaschenmaschine, die von vier Arbeitern in Zwölfstundenschicht bedient wird, etwa 100 Arbeiter „ersparen“ (die bei der Maschine wasselfähigen „Abträger“ eingeschlossen). Dabei darf allerdings nicht unbeachtet bleiben, daß die Flaschenmaschine rentabel nur dann arbeitet, wenn große Aufträge von Flaschen einer und derselben Sorte vorliegen. Größere Flaschen, zum Beispiel Weinflaschen usw., kann die Maschine heute noch nicht herstellen.

Die Owensmaschine ist im Besitze der kartellierten Flaschenfabrikanten statt zu einem Mittel des technisch-kulturellen Fortschritts zu einem Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterschaft und der Konkurrenz geworden. Sie verstärkt den Trieb zur Konzentration, begünstigt die Großbetriebe und erschwert den Kleinbetrieben die Existenz. So fördert sie die Entwicklung, die zur Wirtschaftform der Zukunft unausfallsam treibt.

Konzentration der Tabakindustrie in Nordamerika. Nach dem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht der Verwaltung der inneren Steuern zu Washington belief sich die Zahl der als Tabakfabrikanten eingetragenen Firmen im Jahre 1912 auf 2803 gegen 2818 im Jahre 1911. An Zigarettenfabriken waren 21 024 oder 243 weniger als 1911 im Betriebe. Die Vorliebe für Zigaretten ist in den Vereinigten Staaten im Sinken begriffen; denn statt 8282 Millionen Stück wurden im Jahre 1912 nur 8000 Millionen Zigaretten angefertigt. Von Zigarettenfabriken waren 469 oder 9 weniger als 1911 in Tätigkeit. Die Gesamtzahl aller angefertigten Zigaretten stieg dagegen von 10 488 Millionen auf 13 184 Millionen Stück. Der Ertrag der Steuer auf verarbeiteten Tabak betrug 77 Millionen Dollar oder 6 Millionen Dollar mehr als 1911. Besonders erheblich war die Zunahme bei der Besteuerung von Zigaretten.

Zur Konjunkturlage. Die Berliner Handels-Gesellschaft schreibt in ihrem Wochenbericht u. a.: Ein wenig erfreuliches Bild bietet die industrielle und gewerbliche Tätigkeit. Ein deutliches Merkmal für den Grad der Beschäftigung bilden die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, und die jüngsten statistischen Rodweise lassen fast auf allen Gebieten einen Rückgang der Nachfrage und ein Steigen des Angebots von Arbeitskräften erkennen. Im Kohlen- und Eisenerzgewerbe, in der Maschinenindustrie, in der chemischen und Textilindustrie wird über ein Nachlassen der Beschäftigung geklagt, und nur in einigen Saisongewerben hat sich die Lage, wie alljährlich um diese Zeit, etwas gebessert.

Berichtszeitung.

Das Zeugnis eines Schuttmanns.

Eine Verhandlung, die gestern vor der fünften Strafkammer des Landgerichts Berlin I stattfand, lieferte von neuem den Beweis, daß gegenüber den Verdächtigungen eines Schuttmanns oft alle anderen glaubwürdigen Zeugenaussagen wertlos sind. Am Sonntag, den 19. Oktober 1913, fanden bekanntlich in Groß-Berlin viele sozialdemokratische Massenveranstaltungen statt, in denen die Arbeiterklasse gegen die Jahrhundertfeier der Herrschenden Protest erhob. Nachdem die Versammlung im Germania-Saal (Chausseestraße) beendet war, zogen die Massen, zum Teil in Trupps, in verschiedene Lokale. Es kam dabei zwischen den Massen und den in Menge vertretenen Schulgelehrten zu einigen Zusammenstößen.

Genosse Sattler Alwin Hirsch steuerte in durchaus ruhiger Weise nach der Müllerstraße zu. Plötzlich wurde der junge Mann von dem Schuttmann Vargulat an die Schulter gepackt und unter der Verschuldigung: er habe „Bluthunde“ gerufen, verhaftet. Polizeipräsident v. Jagow und auch der Schuttmann selbst stellten Strafantrag wegen Beleidigung.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte beantragte der Anwalt eine Woche Gefängnis. Das Schöffengericht erkannte jedoch auf Freisprechung, da drei unbescholtene junge Leute, die dicht neben dem Angeklagten gegangen waren, zeugeneidlich mit vollster Bestimmtheit bezeugten, der Angeklagte hat nicht „Bluthund“ gerufen. Wäre es geschehen, dann hätten sie es zweifellos gehört. Aus diesem Anlaß hielt das Schöffengericht, trotz der gegenteiligen Bekundung des Schuttmanns, die Sache nicht für aufgeklärt.

Gegen dies Urteil legte jedoch die Anwaltschaft Berufung ein. In der gestrigen Berufungsverhandlung behauptete Schuttmann Vargulat wiederum, daß der Angeklagte „Bluthund“ gerufen habe, jeder Irrtum seinerseits sei ausgeschlossen. Die drei erwähnten Zeugen befanden sich dagegen mit derselben Entschiedenheit wie vor dem Schöffengericht: Der Angeklagte hat nicht „Bluthund“ gerufen; wenn es geschehen wäre, hätten sie es hören müssen, da sie dicht neben dem Angeklagten gegangen seien. Der Staatsanwalt beantragte auch hier eine Woche Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Roth, beantragte die Freisprechung. Es sei unmöglich, daß eine Verurteilung erfolgen könne, da dem Zeugnis des Schuttmanns drei einwandfreie Zeugen direkt widersprechen. — Nach längerer Beratung des Gerichtshofs verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsrat Böcker, folgendes

Urteil:

Der Gerichtshof hat auf Grund der Beweisaufnahme für erwiesen erachtet, daß der Angeklagte „Bluthund“ gerufen hat. Der Schuttmann, der von Amts wegen verpflichtet war, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen, hatte auch die Aufgabe, den Vorkommnissen größere Aufmerksamkeit zuzuwenden als die drei anderen Zeugen, die den Ruf überhört haben können. Es mußte deshalb eine Bestrafung erfolgen. Bei der Strafzumessung hat der Gerichtshof einerseits die gefährlichen Folgen in Erwägung gezogen, die bei einer solch großen Menschenansammlung durch einen derartigen Ruf entstehen konnten. Andererseits war zu erwägen, daß der Angeklagte, ein noch sehr junger Mann, sich in begreiflicher Erregung befunden hat. Der Gerichtshof hat deshalb von einer Gefängnisstrafe Abstand genommen, sondern auf 50 Mark Geldstrafe, eventuell 10 Tage Gefängnis erkannt und dem Angeklagten die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Jeder Mensch kann sich irren. Der Schuttmann behauptet, er könne sich nicht irren. Also ist der Schuttmann kein Mensch? Was ist er aber dann? Etwa ein höheres Wesen?

Propaganda für Geburtenbeschränkung.

Ein Techniker W., der sich mit Rücksicht auf sein knappes Gehalt vor reichem Kindersegen schützen wollte, hatte in seiner Ehe ein zu diesem Ziel führendes Mittel mit Erfolg angewandt und kam nun auf die Idee, auch anderen Leuten, denen reicher Kindersegen eine Last ist, dies Mittel zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck ließ W. Flugblätter drucken, in denen er die Räte schilderte, welche eine große Kinderchar über arme Leute zu bringen pflegt und das Zweifelhafte zur allgemeinen Durchsicht empfahl. Wer ein Mittel kennen lernen wollte, um dies System in der eigenen Ehe durchzuführen, der solle sich an Frau W. wenden. So hieß es in dem Flugblatt, welches W. von Haus zu Haus verbreiten ließ. Denen, die sich daraufhin an Frau W. wandten, wurde ein zweites Flugblatt zugesandt, welches ein bestimmtes empfängnisverhütendes Mittel empfahl, das die Respektanten von Frau W. käuflich erwerben konnten.

Der Vertrieb dieser Flugblätter war die Ursache einer Anklage gegen die Eheleute W., die beschuldigt wurden, Gegenstände, welche dem unzüchtigen Gebrauch dienen, öffentlich angepriesen zu haben.

Vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III machte der Angeklagte W. geltend, er habe sich, ehe er den Vertrieb des betreffenden Mittels in der bezeichneten Weise begann, bei dem Syndikus des Bundes der technisch-industriellen Beamten, dem er angehört, erkundigt und die Auskunft erhalten, daß diese Art des Vertriebes nicht strafbar sei. Der Angeklagte betonte, er habe von der ganzen Sache keinen geschäftlichen Nutzen, er betreibe sie lediglich deshalb, um Leuten, die wegen ihrer wirtschaftlichen Notlage die Geburten einschränken wollen, ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles zugänglich zu machen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Halpert, beantragte aus rechtlichen Gründen die Freisprechung der Angeklagten. Denn in dem ersten, öffentlich verbreiteten Flugblatt werde nur das Zweifelhafte, aber kein dahinführendes Mittel empfohlen. Das zweite Flugblatt aber, welches das Mittel empfahle, sei nicht öffentlich verbreitet, sondern nur den sich meldenden Interessenten persönlich zugestellt worden.

Das Gericht stimmte hinsichtlich des ersten Flugblattes dem Verteidiger zu. Aber bezüglich des zweiten Flugblattes hielt das Gericht eine öffentliche Verbreitung für vorliegend, weil die Empfänger des Flugblattes einen unbestimmten, nicht umgrenzten Personenkreis darstellten. Den Einwand des Angeklagten, er habe sein Vorgehen für straflos gehalten und keinen geschäftlichen Nutzen davon gehabt, erklärte das Gericht als nicht widerlegt und deshalb strafmildernd. Der Angeklagte W. wurde zu 30 Mark, und seine Frau zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

Man sieht, daß die auf Grund der jetzt geltenden Gesetze geübte Nachsprechung den Vertrieb empfängnisverhütender Mittel so stark zu beschränken weiß, daß eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen wirklich nicht nötig ist.

Der Ehemann in der Riste.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I war wegen qualifizierter Zuhälterei, schwerer Rupperei und Diebstahls der Wälder Johannes Rieste angeklagt, während sich seine Ehefrau wegen Diebstahls zu detonturieren hatte.

Vor einiger Zeit liefen auf dem zuständigen Postbezirk mehrere Anzeigen ein, in welchen mitgeteilt wurde, daß mehrere Männer, die der mitangeklagten Ehefrau R. sich genähert hatten, anlässlich eines nächtlichen Besuchs in ihrer Wohnung in der Linienstraße, Geld entwendet worden sei. Die Angeklagte bestritt mit aller Entschiedenheit, etwas gestohlen zu haben. Da mehrere Betroffene ganz unabhängig von einander vor der Polizei angaben, daß es ihnen eigentlich etwas unerklärlich sei, wie die Diebstähle ausgeführt seien, da die R. an ihre Kleidungsstücke überhaupt nicht herangekommen sei, fand die Polizei anfänglich vor einem Rätsel. Diese geheimnisvollen Diebereien wurden jedoch aufgeklärt, als die Angeklagte sich anlässlich einer Vernehmung „verdrappelte“ und auf die Frage, wo denn ihr Ehemann während der fraglichen Zeit sei, angab, „der steckt in der Riste“. Die Polizei war umso neugieriger, zu erfahren, welche Bewandnis es mit dieser Riste habe. Ein Beamter wurde sofort nach der Wohnung geschickt, wo er nach einigen Suchen eine zu einer Art Garberobenshaute umgewandelte große Riste entdeckte. Als er den Vorhang wegzog, trat der Angeklagte Rieste heraus. Er gab zu, sich stets in diesem Schlafwinkel ausgehüllt zu haben, wenn seine Frau Besuche empfing. Die Frau selbst gab nunmehr zu, daß sie ihre Besucher immer daranläßt habe, ihre Sachen an diese Riste zu hängen, damit ihr Ehemann die Taschen einer Revision unterziehen konnte. In dem Schrank wurde auch ein schwerer Hammer gefunden.

Das Gericht bezeugte den Angeklagten als einen äußerst gefährlichen Verbrecher, der eventuell auch vor einem Gewaltakt nicht zurückgeschreckt wäre. Gegen ihn lautete das Urteil auf 5 Jahre Zuchthaus, 6 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht sowie Ueberweisung an das Arbeitshaus nach verbüßter Strafe. Die Ehefrau wurde zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Versuchte Umgehung des Stellenvermittlungsgesetzes.

Die Stellenvermittlerin Roie aus Königsbühl hatte dem Landwirt L. aus der Gegend von Jüterbog ein ober-schlesisches Mädchen vermittelt. L. schickte ihr freiwillig 30 Mark für die Vermittlung und als Ersatz dazur Auslagen. Das waren 4 Mark mehr, als die baren Auslagen und die geschuldigte Tage ausmachten. Frau R. wurde deshalb wegen Uebertretung des Stellenvermittlungsgesetzes angeklagt. Nach § 5 dieses Gesetzes dürfen neben den Gebühren Vergütungen anderer Art nicht erhoben werden und die Erstattung dazur Auslagen darf nur insoweit geschehen, als sie auf Verlangen und nach Vereinbarung mit dem Auftraggeber verwendet und als notwendig hinreichend nachgewiesen sind. — Unter Begünstigung auf diese Bestimmung droht § 12 Biffer 4 Geb-

strafe oder Haft dem Stellenvermittler an, der die amtlich festgesetzte Tage überschreitet, oder sich außer den tagmäßigen Gebühren Vergütungen anderer Art von dem Arbeitnehmer oder dem Arbeitgeber gewährt oder versprochen läßt.

Im vorliegenden Falle stütze sich die Anklage darauf, daß die Angeklagte sich mehr habe „gewähren lassen“, als die amtliche Taxe nebst den baren Auslagen ausmache. Auch das Annehmen des höheren Betrages, wenn er freiwillig gegeben werde, sei ein geschwändliches „Gewährenlassen“ in diesem Sinne.

Die Strafkammer in Neuthein sprach die Angeklagte frei. Sie meinte, in dem Duldenden, in der Empfangnahme des höheren Betrages, wenn er freiwillig gegeben werde, sei keine Heberfälschung der Taxe zu sehen. Angeklagte hätte den überschüssigen Betrag als Belohnung ansehen können.

Das Kammergericht hob jetzt dies Urteil auf und verurteilte gleich die Angeklagte zu einer Geldstrafe. Im Gegensatz zum Landgericht nahm das Kammergericht an, daß ein „sich mehr gewähren lassen“, als das Gesetz vorschreibe, nicht bloß im Fördern eines höheren Betrages zu finden sei, sondern auch dann vorliege, wenn der vom Auftraggeber freiwillig eingesandte höhere Betrag angenommen werde. Die Angeklagte sei darum strafbar nach § 12 des Gesetzes.

Sechs Vergleiche verurteilt als Opfer des Dynamitgesetzes.

Die Strafkammer zu Bochum hat am 28. März sechs Verurteilte von sechs Bruchstrafe verurteilt, weil sie in der Grube nicht die vorgeschriebene Vorsicht im Umgang mit Sprengstoff angewendet hätten. Zwei Schichtmeister hatten Sprengpatronen an Arbeiter abgegeben, die mit Sprengarbeiten nicht betraut waren, sie aber dennoch verrichteten. Dafür müssen sie jetzt alle ins Gefängnis, die Weber und auch die Schichtmeister. Es erhielten: ein Schichtmeister 6 Monate, der zweite 4 Monate, ein Arbeiter ebenfalls 4 Monate, die anderen drei jeder die Mindeststrafe von 3 Monaten.

Die harten Strafen hat der Reichstag auf dem Gewissen, indem er das Dynamitgesetz vom 9. Juni 1884, das damals im ersten Schred über das Wiederwaldattentat entstand, für das gewerbliche Leben zu Recht bestehen läßt. Nicht Verbrecher haben die drastischen Strafen dieses Unglücks Gesetzes zu fühlen bekommen, sondern fast nur arme Arbeiter bei der Ausübung ihres Berufs.

Aus aller Welt.

Durch einen Wachtposten erschossen.

Einen geringfügigen Diebstahl mußte ein Einwohner von Feres bei Mey mit dem Tode büßen. Wie ein Telegramm aus Mey meldet, wollte in der Nacht zum Sonntag ein Rivist von der Feste Potbringen einen Sack mit Kohlen stehlen. Da er trotz mehrmaligen Warfens des Postens nicht gesehen blieb, sondern die Flucht ergriff, zielte der Posten nach den Beinen und schoß. Der Mann brach zusammen, konnte aber nicht mehr an der Stelle aufgefunden werden. Wie sich jetzt herausgestellt hat, stammte er aus dem Orte Feres bei Mey. Dort ist er Sonntag früh gestorben.

Explosionskatastrophe.

Ein einschlagendes Unglück hat sich bei einem Brande in der Stadt Upper Hut (Neuseeland) zugetragen. In einem Waren-

hause brach Feuer aus. Als mehrere Personen sich bemühten, die Waren in Sicherheit zu bringen, erfolgte eine furchtbare Gethlenexplosion, durch die sechs Personen getötet und etwa zwölf verletzt wurden. Einige wurden vollständig in Stücke gerissen.

Ein mißglücktes Attentat.

Wie aus Barcelona gemeldet wird, drang am Sonntagvormittag der venezolanische Nationalist Rosas in die Wohnung des früheren Präsidenten von Venezuela Zelaya in einem Vorort Barcelonas ein und feuerte mehrere Revolverkugeln auf Zelaya ab, ohne ihn zu treffen, weil Zelaya den Arm des Angreifers niederschlug. Rosas wurde der Polizei übergeben. Wie es heißt, hat Rosas in Venezuela den Onkel Zelayas ermordet und auch bereits mehrere Nordversuche auf Zelaya unternommen.

Gochwasser in Amerika.

Der nördliche Teil des Staates New York und der nordwestliche Teil des Staates Ohio sind von neuem, wie bereits vor einem Jahre, von furchtbaren Heberschwemmungen bedroht. Sämtliche Ströme sind durch die heftigen Regenfälle der letzten Tage und durch die Schneeschmelze angeschwollen und haben eine ganze Anzahl Städte und Ortschaften des Staates New York unter Wasser gesetzt. Hunderte von Personen mußten ihre Wohnstätten in den Tälern des Hudson-Flusses, des Mohawk und anderer Flüsse verlassen. Eine ganze Anzahl Brücken sind durch den starken Eisgang zerstört worden. Die Bewohner der kleinen Stadt Tonawanda bei Buffalo mußten in aller Eile in Booten ihre Häuser verlassen. Die Schienenstrahlen der Erie Railroad stehen vollkommen unter Wasser. Der gesamte Eisenbahnverkehr zwischen Cincinnati und Indiana ist unterbrochen; alle Brücken sind zerstört. Selbst in Chicago besteht Heberschwemmungsgefahr. Ueber 200 Familien mußten sich, um ihr Leben zu retten, auf die Dächer der Häuser flüchten.

Ein Unikum in der Rechtspflege.

Aus einem noch nicht dagewesenen Grunde mußte, wie die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ meldet, die 2. Strafkammer von Weiningen anderswo als an der Gerichtsstätte verhandeln. Sie war genötigt, ihre Sitzung in der Wohnung des Viehhändlers Dankel abzuhalten, weil dieser einen so großen Körperumfang hat, daß es unmöglich für ihn ist, die Wohnung zu verlassen.

Kleine Notizen.

In der Jelle erhängt. Der Geschäftsagent Kuffing, der am Sonnabend wegen Verleitung zum Weineide zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, hat sich am Sonntag in einer Zelle des Landgerichtsgefängnisses in Zweibrücken erhängt.

Ein neuer Weltrekord. Wieder ist es einem deutschen Flieger gelungen, einen neuen Weltrekord aufzustellen. Der Flieger

Krummel ist am Montag mit seinem Eindecker von Dresden nach Fuhlsbüttel bei Hamburg geflogen. Er fliegt zu 17 Stunden in der Luft und schlug damit den bisherigen Rekord für Eindecker um eine Stunde und 40 Minuten.

Spätes Schicksal eines Nordes. Die Kriminalpolizei verhaftete in Kiel die Witwe des vor etwa sechs Jahren erhängten aufgefundenen Glasers Schmidt. Der jetzt 17 Jahre alte Sohn hat Anzeige erstattet, daß seine Mutter ihren Mann umgebracht habe. Die Frau soll bereits ein Geständnis abgelegt haben.

Abzug zweier Militärflieger. In Straßburg i. E. fliegte am Montagmorgen ein Doppeldecker, in dem sich zwei Offiziere befanden, beim Nehmen einer Kurve ab. Der Führer Leutnant Schulz erlitt einen Unterschenkelbruch und Kopfverletzungen, der Beobachter Hauptmann Reinhardt vom Infanterieregiment Nr. 70 wurde getötet. Der Apparat ist vollständig zertrümmert.

Eisenbahnunglück in Moskau. Auf dem Bahnhof von Moskau stießen infolge falscher Weichenstellung zwei Güterzüge zusammen. Es wurden dabei 25 leere und 10 beladene Wagen zertrümmert. Drei Bahnbeamte wurden getötet, zwei schwer verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die fünftägige Sprechstunde findet am Montag 6 Uhr, am Dienstag 7 Uhr, am Mittwoch 8 Uhr, am Donnerstag 9 Uhr, am Freitag 10 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Dankbuch und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Verbriefte Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Besonderebeachtung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Billig Drucker trägt man in der Sprechstunde vor.

N. 1277. Unrechtes Erbschaftsrecht. — W. S. 86. Es bezieht ein Anrecht auf Zahlung des Hausgeldes, dessen Höhe aus dem Rentenbuch ersichtlich ist. — W. 110. Jeder der Arbeitgeber ist zur Anmeldung verpflichtet. Es kann ausbitteln beim Versicherungsamt die Verteilung des Beitragsanteils auf beide Arbeitgeber beantragen werden. — R. W. 2. Ja, soweit es sich um unentgeltliche Sachen handelt. — Luke 200. Jeder wäre eine Klage nicht durchführbar. Sie hätten eine bestimmte Vereinbarung treffen müssen. Es ist deswegen ratsam, sich zu einigen. — R. S. 100. Wenn der Arbeitgeber mehrere beschäftigt, muß er ein Drittel tragen. — R. 100. Sie persönlich sind nicht haltbar. — R. W. 66. 1 und 2. Nur für die letzten zwei Jahre. — R. W. 69. Sie können Klage beim Amtsgericht erheben. — J. S. 12. 1. Ja. 2. Nein. — R. W. Neunruppin. 1. Ja. 2. Ja. Sofern der Garberobepächter das Abkommen mit dem Kolalbesitzer getroffen hat, nicht etwa mit einem Dritten, wie es mitunter bei Vereinbarungen der Fall ist. 3. Der § 690 B. G. B. findet ebenso wie der § 701 B. G. B. für den vorliegenden Fall keine Anwendung, der § 701 aus dem von Ihnen angegebenen Grunde, der § 690 deswegen nicht, weil es sich nicht um einen unentgeltlichen Aufnahmevertrag handelt. Die Erbschaftsrente ergibt sich aber aus § 688 B. G. B. in Verbindung mit § 276 und, soweit die Erbschaftsrente des Kolalbesitzers in Frage kommt, aus § 278 in Verbindung mit § 688 B. G. B.

In hängiger Rechtsprechung ist angenommen worden, daß beim Unteraufschub beim Verlust von Garberobegenständen im Kolal ein zum Erlaß verpflichtendes Verschulden vorliegt. — R. N. 1. Zur Bekämpfung eines Erbschaftsrechts ist die Heiratsurkunde sowie die Sterbeurkunde erforderlich. — R. S. 100. Ja. — R. S. 1886. 1 und 3. Ja. 2. Unbeschränkt, soweit es sich um die Steuerpflicht für das letzte Quartial handelt. Wegen der früher häufig gewordenen Steuer ist die Beschlagnahme nur zulässig, soweit der Verdienst 250 M. wöchentlich übersteigt. — R. 106. Bis abends 6 Uhr. — C. S. N. 29. Falls Sie zahlungsunfähig sind, sind Sie auch zur Erstattung des Betrages verpflichtet. — 100. G. Unrechtes Erbschaftsrecht kann für 16 Tage Lohn geleistet werden.

Verband der Steinsetzer, Plasterer u. Berufsg. Tarifbezirk Groß-Berlin.

In solchen Betrieben, die den an anderer Stelle bekanntgegebenen Schiedspruch des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts nicht anerkennen, ist vorläufig weiter zu arbeiten, sofern nicht den Mitgliedern Sonderverträge zur Unterschrift vorgelegt werden. Wo letzteres geschieht, ist die Unterschrift zu verweigern und der Ortsverwaltung sofort telephonisch Nachricht zu geben. Das Bureau ist zu diesem Zwecke täglich bis auf weiteres von 8 1/2 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet.

Die Ortsverwaltung

Engelauer 15, Zimmer 59. Tel.: Amt Moritzplatz Nr. 12326.



Ein wasserfester Hochglanz ohnegleichen, ist durch **Urbis** nur zu erreichen!

Schuhputz „Urbis“ überall zu beziehen! In Dosen zu 10, 20 und 25 Pfennig. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Möbel-Gross gibt 1 eleganten Teppich gratis! Mit 15 Mark Anzahlung und kleinster Abzahlung liefert Stube und Küche. Einzel-Möbel mit 3 Mark Anzahlung. **Möbel-Kredithaus Frankfurter Tor** Große Frankfurter Straße 1. — Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. — Inserat mitbringen! Wert 5-10 Mark. Sonntags geöffnet.

Qualität, nicht Preis

soll bei der Wahl eines Reifens bestimmend sein. Ein guter Reifen kostet zwar gutes Geld, dafür hält er aber auch länger. Wenn Sie

Continental Pneumatik

fahren, haben Sie diesen „guten“ Reifen. Sein Weltruf wurde durch Qualität begründet.

Continental-Caoutchouc- u. Gutta-Percha-Co., Hannover

Personal 12 000

Vornehme **Herren-Moden** fertig und nach Maß

Garantie: **Cadelloser Sitz**, feinste Verarbeitung!

Auf Wunsch Wochenrate von 1 M. an

J. Kurzberg & Co. Maß-Schneidererei

Rosenthaler Strasse 36! Reinickendorfer Str. 4!

Gegründet 1898

Reste

Damentucne schwarz u. farb. Nr. 3 M.
Kostümfstoffe neuwoll englische 2 M.
Musier p. Meter von 3.25 M.
Cé elé ... von 2.75 M.
Gabardine von 2.75 M.
Futter-Seide in allen Preislagen
Satin Futter grünte Auswahl
Knöpfe u. Besatzartikel usw.

C. PELZ Kottbusser Str. 5

H. Pfau, Bandagist Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volkspark-Stadium. — Amt Kat. 2908.
Für Damen Frauen-Bandagen. *
Spezialant für alle Krankentafeln.

Bruchbandagen Leibbinden, Gerodahalter, Irrigatore, Spritzen etc., Suspensoren, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt

Fabrikant Pollmann, jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkassen. Fachgem. Bedienung.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuss, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung, Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise. * Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11

Lege-Hühner, garantiert jung, beste Leget, weiß und blickig, empfiehlt F. Wegner, Berlin SO, zur Mariannenstr. 34. *

H. Bartels Bäckerei u. Konditorei Siegelstr. 44 empfiehlt H. Wagners.

Bettfedern Lustig

unstreifig grösstes Spezial-Geschäft Deutschlands

Beste Bettenfüllung: echt chinesische

Fabrik mit elektrischem Betrieb

Bettfedern

- 1- 1³⁰ 1⁵⁰ 1⁷⁵ 1⁹⁰ 2- 2⁵⁰
3- 3⁵⁰ bis 6⁵⁰ M. per Pfund

Monopoldaunen

(gesetzlich geschützt)
Pfd. 2.85 M. (3-4 Pfd. zum grossen Oberbett)

Daunen

Nur Prinzenstr. 46 u. 47

zu 2⁸⁵ 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5- 6⁵⁰
8⁵⁰ und 10⁵⁰ M per Pfund



Metall-Bettstelle
mit 33 mm nahtlosem Pfosten.

Ringe u. Fussbünde im Kopf- u. Fussende von Messing, mit Zugfeder-Matratze, schwarz lackiert 190x90 cm

24⁵⁰ M.
weiss lackiert 50 Pl. mehr.

G. L. 128
Ausnahmepreis

Fertige Betten

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen zu 12.-, 15.-, 20.-, 25.50, 28.50, 33.-, 39.-, 46.-, 55.-, 63.-, 77.-, 90.- bis 120.- Mark.

Fertige Bettinlette

Köper-Inlett rot, rot-rosa, grau-rot
Oberbett 120x200: Mark 3.50, 4.20, 4.90, 5.70
Kissen 80x75: Mark 0.90, 1.05, 1.20, 1.45
Unterbett 100x200: Mark 3.-, 3.50, 4.-, 4.75

Inlett rot, rot-rosa, bunt
Oberbett 120x200: Mark 5.50, 6.-, 6.50
Kissen 84x84: Mark 1.55, 2.20, 2.75

Drellrot, rot-rosa, bunt, 100x200: M 6.-, 6.40, 6.50, 7.40



Metall-Bettstelle
mit Zugfeder-Matratze, geraden Eckverstrebrungen, schwarz lackiert 190x90 cm

12⁷⁵ M.
weiss lackiert 50 Pl. mehr.

G. L. 1003
Ausnahmepreis

Ausnahmepreise für Metallbettstellen nur gegen Vorzeigung des Inserats!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Morgen Mittwoch, den 1. April 1914, abends 8^{1/2} Uhr:
Vertrauensmänner = Versammlungen
der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:
1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Werkstätten-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.
Versammlungslokale:

- Tischler.**
Südwesten und Westen: in Fabrik Brauerei, Bergmannstr. 5/7.
Süden: bei Glicking, Ballhofstr. 63.
Südosten I und II: im Lokal Südost, Waldemarstr. 75.
Osten I: bei Schwarz, Langestr. 53.
Osten II: bei Gutb. Warshawer Str. 61.
Osten III: bei Herdersdorf, Frankfurter Allee 127.
Oestliche Vororte: bei W. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzenstr. 47, Ude Schrammbergstr. 47.
Nordosten: bei Mertmann, Gr. Frankfurter Str. 16.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Büttner, Schmeider Str. 23.
Wedding und Moabit: bei Kaczorowski, Ravenstr. 5.
Weissenhof: im „Bräsen“, Seebachstr. 122. Abends 6^{1/2} Uhr.
Neukölln: im Ideal-Kasino, Weichselstr. 8.
Küchenmöbelbranche bei Andrig, An der Stralauer Brücke 3.
- Bautischler.**
Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grotzloff, Kommandstr. 18c.
Bezirk 2: Osten bei Bratner, Weidenweg 85.
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Giesecke, Ropenhagenstr. 74.
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Gahle, Lindener Str. 23.
Bezirk 5: Neukölln bei Zehnf. Rosenstr. 24.
Bezirk 6: Charlottenburg: bei Thunad, Bismarckstr. 4.
- Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.**
Osten: bei Becker, Weichselstr. 17.
Südosten: im Märkischen Hof, Kommandstr. 18c.
Norden: bei Günther, Brunnenstr. 94.
Theatertischler bei Greibe, Kungestr. 30.
- Drechsler-, Alabaster- und Treppengeländerbranche**
Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
Osten bei Rehn, Gubener Str. 19.

- Südosten und Südwesten bei Tinsch, Ritterstr. 123.
Die Vertrauensleute aus den Lohnmehrerfirmen gehen nach den Versammlungen der zuständigen Tischlerbezirke.
- Einfetzer** im Gewerkschaftshause, Engelhofer 14/15, Saal 9.
- Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter** um 6 Uhr bei Graf Thomas, Reichstr. 5.
- Bilderrahmenmacher** um 6 Uhr bei Wählich, Stallgerstr. 22.
- Bodenleger** 8 Uhr bei Bredemeier, Ruppiner Str. 49.
- Vergolder** bei Gohmann, Engelhofer 1.
- Stellmacher** bei Hummel, Sophienstr. 5.
- Jalousiearbeiter** abends 8^{1/2} Uhr, Kungestr. 30.
- Korbmacher** bei Mag Krause, Mariannenplatz 8.
- Bürstenmacher** bei Krüger, Holzmarktstr. 65.
- Schirmmacher** abds. 8 Uhr bei Andrig, An d. Stralauer Brücke 3.
- Kammacher** abds. 8 Uhr im Hermel's Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.
- Kisten- und Koffermacher** abends 8 Uhr im Hermel's Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.
- Donnerstag, den 2. April, abends 8 Uhr:**
Laden- und Kontormöbelbranche bei Hermel, Holzmarktstr. 21.
Montag, den 6. April:
Musikinstrumenten-Arbeiter abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal V.
Modell- und fabriktischler abends 8 Uhr, bei Walde, Pfingststr. 5.

Schöneberg. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Dienstag, den 31. März 1914, abends 8 Uhr,
in den Neuen Rathausfälen, Reiningen Straße 8:
General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht und Neuwahl der Funktionäre. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreiserversammlung. 4. Verschiedenes.
Mit Legitimation gilt das Mitgliedsbuch.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 1987, 1939, 9714, 195.

Donnerstag, den 2. April 1914, abends 6 Uhr,
in Dv. Augustins Festfälen, Drantenstr. 103:
Gruppen-Versammlung
für alle in den Buchdruckereimaschinen-Fabriken beschäftigten Kollegen.

Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Achtung! Bauanschläger!

Donnerstag, den 2. April 1914, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engelhofer 15, Saal 3:
Branchen-Versammlung

Tagesordnung:
1. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Zahlstelle Berlin.
Bureau: Engelhofer 14/15, part. Telephon: Amt Kochplatz Nr. 8430.

Achtung! Maßschuhmacher!
Mittwoch, 1. April, abends 8^{1/2} Uhr, in Fritz Wilkes Festfälen, Seebachstr. 39:
Branchen-Versammlung

Tagesordnung:
1. Bericht und Beschlussfassung über die Lohnbewegung. 2. Verschiedenes.
Zutritt haben nur Kollegen und Kolleginnen, die in Maßgeschäften arbeiten, wo Forderungen gestellt sind.
Dieselben werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Reichsstr. 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Räderstr. 9.
Fernstr.: Amt Kochplatz, 4787. Fernstr.: Amt Norden, 6708.

Donnerstag, den 2. April 1914, abends 8^{1/2} Uhr:
Außerordentliche Sektions-Versammlung der Lackierer
im Gewerkschaftshause, Engelhofer 15.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht der Sektion. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl zur Sektionsleitung. 4. Verbandsangelegenheiten.
Wir erwarten, daß die Mitglieder vollständig erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Sektionsleitung.

Sie laufen wie eine Biene,
wenn Sie unsere gestrickten Gaus- u. Strahenschuhe tragen.

Rein Wollene d. Höhe, l. Schweißfüße, l. geschwoll. Gelenke, l. Krampfadern, l. Benennung, l. Gähneraugen, l. Ballen, l. Druckempfindlichkeit, l. Jucken, l. Gicht, l. Rheumatisches mehr; ansehendes, weich, elastisch, ausdünstungsfähig, Garantie l. sichere, dauernde Dipse, auch l. d. verweilenden Füßen, u. absof. Brauchbar, un. gestrickt, Schuhwerk. Tel.: Kgl. 8252. Reich. Lager in sehr warmen, mittelwarmen u. kühl. Strickarten, jeder Witterung, jeder Eigenart d. Höhe entsprechende. Inalt. Preisliste fr. Strickschuh-Fabrik

Winzer & Co., O., Krautstr. 52, Fabrikgeb. Hof 6. Aufg. Einzelverkauf:
W., Potsdamer Str. 100. Rosenfelder Str. 59. Nähe Steinstraße.
NO., Gr. Frankf. Str. 94. Nähe Markstr. SO., Rottbus. Str. 21. I. Charlottenburg, Rantstr. 125. Nähe Leibnizstr. Hamburg, Kaiser-Wilhelm-Str. 3. Leipzig, Dammstr. 17/19. Halle, Lange Leberstr. Dresden, Reichstr. 42. Dresden, Brunner Str. 22. München, Rahmannpl. 4. II.

Sie kaufen vorteilhaft

MÖBEL

auch auf

KREDIT

im Spezial-Geschäft von WILHELM MISCHE

MISCHE

Große Frankfurter Straße 45-46 gegenüber Markusstraße.

Verkehrsangelegenheiten im Zweckverband.

Zustimmung zum „Linden“-Tunnel.

Die Groß-Berliner Zweckverbands-Versammlung hatte in ihrer Sitzung vom 30. März sich hauptsächlich mit Straßenbahnsachen zu beschäftigen. Die wichtigste war das Projekt des „Linden“-Tunnels, das ihr zur Genehmigung vorlag.

Zunächst wurden einige Wahlen nach dem Antrag des Wahlprüfungsausschusses für gültig erklärt. In den Zweckverbandsauschuss wurde als stellvertretendes Mitglied Bürgermeister Prohm-Nichterfelde delegiert.

Zur Kenntnisnahme war vorgelegt eine Zusammenstellung über das für den Verband umlagefähige Steuerjoll pro 1914. Es beläuft sich auf rund 125 Millionen Mark, daran sind beteiligt: Einkommensteuer mit 83 Millionen, Grundsteuer mit 1/4 Million, Gebädesteuer mit 29 Millionen, Gewerbesteuer mit 12 1/2 Millionen, Betriebssteuer mit 1/2 Million. Von den 125 Millionen entfallen auf Berlin etwa 72 Millionen, Charlottenburg 13 1/2 Millionen, Wilmersdorf 5 1/2 Millionen, Schöneberg 5 1/2 Millionen, Neukölln 3 1/2 Millionen, Lichtenberg 2 Millionen usw. Berlins Anteil, pro 1912 rund 60 Proz. des Steuerjolls im Zweckverbands-Gebiet, ist bis 1914 auf 57 1/2 Proz. gesunken. Nach den Steuerjoll-Anteilen bestimmt sich die Verteilung der Kosten des Zweckverbandes.

Ueber den Haushaltsplan für 1914 berichtete für den Haushaltsausschuss Stadtkämmerer Scholz-Charlottenburg. Viel ist daran geändert worden. Der Entwurf schließt jetzt ab in Einnahme und Ausgabe mit 310 736 M. Am Ausschuss wurde die Frage diskutiert, ob die beabsichtigte Anstellung eines Verkehrskontrollieurs, der die Entwicklung des Verkehrs und der Verkehrsmittel in Groß-Berlin zu beobachten und Verbesserungen anzuregen hätte, zweckmäßig sei. Obwohl das in erster Linie eine Aufgabe der Aufsichtsbehörde und der Gemeinden sei, wollte der Ausschuss einen Versuch mit dem Verkehrskontrollieur gutheißen. Die Vollversammlung genehmigte den ganzen Entwurf ohne Debatte.

Ohne Debatte stimmte sie auch dem Projekt zu, das Industriegebiete um den Hafen der Stadt Neukölln an die Staatsbahn durch Zweiggleise anzuschließen, die in der Nähe des Ringbahnhofs Kaiser-Friedrich-Straße einmünden sollen.

Eine Vorlage über die Erweiterung des Straßenbahnnetzes der Stadt Berlin enthält neben einer Reihe kleinerer Projekte das der „Linden“-Untertunnelung.

Geplant ist für die nördlichen Stadtteile der Bau einer Straßenbahn von der Grünfelder Straße durch Christiania-, Schul-, Luxemburger, Genter, Trift-, Föhner Straße, Büttelbrücke, Büttel-, Birken-, Wilhelmshagen-, Bielef-, Oldenburger Straße bis Oststraße Ecke Alt-Modbit, ferner eine Anschließstrecke von Christianiastraße durch Bornholmer, Wisbner, Sissestraße, weiter eine Anschließstrecke von Christianiastraße durch Jülicher und Vellermannstraße zur Sminmünder Brücke. In verschiedenen Stadtteilen soll durch Kurvenverbindungen zwischen den schon vorhandenen Straßenbahnstrecken der Stadt und denen der Straßenbahngesellschaften die Möglichkeit geschaffen werden, unter Mitbenutzung fremder Gleise neue Linien einzurichten.

Die seit langem von der Stadt betriebene Anlegung des „Linden“-Tunnels ist von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des Straßenbahnnetzes der Stadt. Der Tunnel ermöglicht endlich die Verbindung ihrer Nord- und Südbahnen zu einem sich schließenden Ring. Die Linien der „Großen Berliner Straßenbahn“ und die jetzt in der Behren- und Mittelstraße endenden Linien der „Berliner elektrischen Straßenbahnen“ (deren Aktien größtenteils der Stadt gehören) werden den Tunnel mitbenutzen. Nördlich der „Linden“ senken sich vier Gleise in einer Kampe zum Tunnel, der sich dann in zwei zweigleisige Tunnel verzweigt. Der eine, für die „Große“ bestimmt, führt zu ihren Gleisen in der Französischen Straße, der andere, hauptsächlich für die Linien der Stadt und der „Berliner elektrischen Straßenbahnen“, zieht sich unter dem Kaiser-Franz-Josef-Platz zur Behrenstraße hin. Die Stadt baut beide Tunnel.

Die Debatte beschränkte sich auf eine Erklärung des Stadtkämmerers Krause-Berlin, der für die Berliner Vertreter sprach. Er wies hin auf die Bedeutung dieses Projektes für den Verkehr nicht nur Berlins, sondern Groß-Berlins. Mit den vom Verbandsauschuss gestellten Bedingungen könne Berlin einverstanden sein. Darunter ist die Sicherung des Heimstättenrechtes auch für den Tunnel und Berlins Verzicht auf Ersatzanspruch aus dem etwaigen Bau einer Schnellbahn vom Potsdamer Bahnhof nach dem Stettiner Bahnhof. Auf eine Anfrage des Stadtverordneten Stadthagen-Charlottenburg sagte Stadtkämmerer Krause-Berlin diesen Verzicht für jede Tracenbestimmung zu.

Die ganze Vorlage wurde genehmigt.

Parteiangelegenheiten.

Starker Wahlkreis. Am Donnerstag, den 2. April, finden zwei Versammlungen der jungen Mitglieder des Wahlvereins im Alter von 18 bis 21 Jahren statt.

Für den Stadtteil Südost abends 8 Uhr im Lokal „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147. Vortrag des Gen. Goldberg über: „Aus dem russischen Arbeiterleben“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Für den Stadtteil Ost abends 8 1/2 Uhr im Lokal Siegel, Gr. Frankfurter Str. 30. Vortrag des Gen. Seidel über: „Bildungsarbeit und Arbeiterbewegung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Lichtenberg. Jugendsektion. Mittwoch, den 1. April, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Lokal von Lichtenberg, Scharnweberstraße 60. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Redakteur Jakob über: „Materialismus und materialistische Geschichtsauffassung“. Diskussion. Verschiedenes. — Die Genossen und Genossinnen über 18-21 Jahre wollen vollständig erscheinen.

Lichterfelde. Die heute fällige ordentliche Generalversammlung findet eingetretener Umstände wegen erst über 8 Tage, am 7. April, bei Waldendorf statt.

Für die Bezirke Königs-Wasserhaußen, Hoyerlehme, Wildau und Deutsch-Wasserhaußen finden am Mittwoch, den 1. April, abends 8 Uhr, Extra-Jahlabende in den bekannten Lokalen statt.

Berliner Nachrichten.

Ein Medizinalamt für Berlin.

Das städtische Medizinalwesen beschäftigt der Magistrat durch Schaffung eines Medizinalamtes, welches der Deputation für das städtische Untersuchungsamt untersteht, deren Vorsitzender der Stadtmedizinalrat ist, auszubauen. In dieses Amt sollen die beiden im Etat bereits angeforderten medizinischen Hilfskräfte eingegliedert werden. Die Deputation wird, wie der Magistrat in einer Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung vorschlägt, zu einer Deputation für das städtische Untersuchungsamt und Medizinalamt umgestaltet werden. Wegen der erhöhten Aufgaben, die dieser Deputation obliegen, soll diese durch die Zuwahl eines Magistratsmitgliedes, zweier Stadtverordneten und eines Bürgerdeputierten verstärkt werden.

Vom städtischen Rettungswesen.

In der gestrigen Sitzung des Kuratoriums für das städtische Rettungswesen wurde beschlossen, einem öffentlich empfundenen Bedürfnis entsprechend, an der Oranienbrücke eine neue mit einem Rettungsschiff auszurüstende Rettungsstation einzurichten. Ferner war das Kuratorium auf Grund einer eingehenden Prüfung durch eine von ihm eingesetzt gewesene Kommission einstimmig der Ansicht, daß zurzeit zu einer Verringerung der gegenwärtig in Berlin bestehenden Organisation des Krankentransportwesens keine Veranlassung vorliegt.

Fromme Schwindler und Rohlinge!

Wie wenig unsere Frommen mit der Wahrheit umgehen und wie sehr sie der Koheit geneigt sind, beweisen Auslassungen, die wir in dem von der Berliner Stadtmission herausgegebenen „Sonntagsfreund“ finden. In der Nr. 13 vom 20. März finden wir unter einer Rubrik „Weltanschauung“ folgende Bemerkungen:

„Das verheißt Genossen vor biblischen Nichtswürdigkeiten nicht zurückzureden, zeigt die Befundung des Kaiser-Friedrich-Denkmal in Charlottenburg durch Ausschreiten in roter Anilinfarbe. Der „Bormärts“ kann nur schwer seine Schandenfreude über diese Gassenbubenleistung verbergen. Wann bekommen wir für solche Streiche, Tierquälereien, Jubalerei u. ä. die höchst zweckmäßige Prügelstrafe für Rohlinge? Das würde zielehnen!“

Schon aus der Form dieser Zeilen spricht ein unauslöschlicher Haß gegen unsere Partei, eine Eigenschaft, die unseren Frommen angeblich fremd sei. Dann aber springt der Verfasser dieser Mundschau mit der Wahrheit in ungläublicher Weise um. Er behauptet freilich, fromm, frei, die „Genossen“ seien die Urheber der Denkmalsbeschädigung in Charlottenburg, obwohl dieser Nachweis fehlt und aller Grund vorliegt, anzunehmen, daß der Verursacher jener Schritztüge in ganz anderen Kreisen zu suchen ist als in den Kreisen der Genossen.

Der fromme „Sonntagsfreund“ hat auch bereits die erforderlichen Strafmittel bereit, die recht weltlicher Natur sind. Die „höchst zweckmäßige“ Prügelstrafe ist ihm das Ideal der Sühne. Wer sich auf diesen Standpunkt stellt, müßte allerdings einsehen, daß sie zuerst gegen Rohlinge in Anwendung kommen müßte, wie der Schreiber der „Weltanschauung“ im frommen Sonntagsblatt einer ist. Man sieht aber wieder einmal, welcher Geist des Rückschritts, der Unbuddhamkeit und der Unwahrhaftigkeit in den Spalten der frommen Blätter sich breit macht und wie weit entfernt unsere Frommen von den wirklichen Lehren des Stifter der Religion sind.

Zur Reinickendorfer Eingemeindungsfrage.

Auf die Eingabe des Vorsitzenden der bürgerlichen Fraktion in der Reinickendorfer Gemeindevertretung, Direktors Busch, ist jetzt vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ein Bescheid eingegangen. Der Oberpräsident erkennt darin, wie schon in dem ersten Erlaß an den Landrat des Kreises Reinickendorf an, daß die finanzielle Lage der Gemeinde Reinickendorf schwierig sei. Die Entscheidung über die Eingemeindungsfrage müsse aber dem Ermessen der königlichen Staatsregierung überlassen bleiben. Da der Standpunkt der Staatsregierung unverändert derselbe sei, wie ihn der damalige Oberpräsident v. Trott zu Solz im Brandenburgischen Provinziallandtag vertreten habe, so könne die Eingemeindungsbeibringung der Gemeinde Reinickendorf keine Aussicht auf Erfolg eröffnen werden.

Erkennt die Aufsichtsbehörde schon selber die prekäre Situation der Gemeinde Reinickendorf an, so muß sie auch der Eingemeindung zustimmen, die allein geeignet ist, Hilfe zu schaffen.

Achtung! Schläger! Peißer! Immer wieder sieht man Pferde, namentlich bei dem schweren Lastfuhrwerk, welche diese Warnungstafeln tragen. Ihre Besitzer suchen sich durch diesen Hinweis auf die schlechten Eigenschaften der Tiere vor eventuellen Schadenerschaftsansprüchen zu sichern. Aber wer hat denn im Straßengewühl der Großstadt, bei dem schnellen Ueberfahren der Fahrdämme usw. Zeit, erst Umschau zu halten, ob er einem bödsartig veranlagten Pferde zu nahe kommt? Solche Tiere mögen dazu verwendet werden, Pflug und Egge zu ziehen oder auf einsamer Landstraße dahin zu trotten, in den großstädtischen Verkehr gehören sie unter keinen Umständen.

Selbstmord eines Schuhmanns in Weihensee. Gestern nachmittag hat sich in dem Laden des Schlächtermeisters Bieweger in der Röldestraße 157 zu Weihensee der Schuhmann Keller erschossen. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Auch ein Jubiläum. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ teilt seinen patriotisch abgestempelten Lesern mit, daß ein in Berlin wohnender Offizier heute den Tag feiert, an dem er und sein Vater das Eisene Kreuz zusammen 100 Jahre getragen haben. Der Vater, dem das Kreuz 1814 durch Wahl seines Offizierkorps bewilligt wurde, ist natürlich längst tot, aber das schadet nichts, gefeiert wird doch. Eigentlich müßte aus Anlaß dieses Tages ein neuer Orden verliehen werden.

Durch flüssiges Eisen verbrannt.

Ein schwerer Unfall trug sich am gestrigen Montagnachmittag in der Gießerei von Jachmann in Vorkogelwald zu. Der Gießer Julius Rosenberg, Schonenstraße 14 zu Berlin wohnhaft, wollte einen Tiegel mit flüssigem Eisen aus dem Schmelzherd ziehen und ihn zur Walze bringen. Durch einen unglücklichen Zufall stieß der Arbeiter gegen den an einem Kran aufgehängten Tiegel so heftig an, daß der glühende Inhalt sich über den Unterkörper des Un-

glücklichen ergoß. Rosenberg erlitt furchtbare Brandwunden und wurde in bedenklichem Zustande in das Reinickendorfer Krankenhaus gebracht.

Ein Brunneneinsturz

ereignete sich auf dem Laubengelände an der Nordbahn in unmittelbarer Nähe von Pantow. Der Tischlermeister Weß war mit mehreren Angehörigen seiner Familie dabei, auf seinem Laubengelände einen Brunnen zu bauen. In diesem Zwecke war eine 6 Meter tiefe Grube ausgehoben worden. Als Weß sich allein in der Grube befand, um noch einige Abstechungen vorzunehmen, stürzte die Grube plötzlich ein und verschüttete den Tischlermeister. Angehörige des B. machten sich sofort dabei, den Sand fortzuschaukeln, während einer von ihnen die Feuerwehre alarmierte. Diese war in wenigen Minuten zur Stelle. Als die Feuerwehrente Weß, der noch Lebenszeichen von sich gab, zur Hälfte ausgegraben hatte, kam ein Schnellig der Nordbahn an der Unfallstelle vorübergefahren und durch die verursachte Erschütterung stürzte der ausgehobene Teil der Grube erneut ein und begrub außer B. noch einen Pantower Feuerwehrmann. Den übrigen Mannschaften gelang es aber nach kurzer Arbeit, beide Verschüttete zu befreien.

Im Tegeler Forst erschossen aufgefunden wurde im Jagd 81 die Leiche eines jungen Mannes von etwa 20 Jahren, dessen Persönlichkeit sich nicht feststellen ließ. Der unbekannt Tote ist etwa 1,70 Meter groß, hat hellblondes Haar und ein bartloses Gesicht und war mit einem braunen Schlapphut, einem braunen Jackettanzug, einem hellen Ulfster, schwarzen Schnürschuhen und braunschwarzen Sportstrümpfen bekleidet. Der Hut trägt die Buchstaben H. B. Die Leiche wurde nach der Halle in Heiligensee gebracht.

Ende des Zirkus Busch. Kommissionsrat Paul Busch gibt heute, am 31. März, seine endgültige Abschiedsvorstellung im Zirkus Busch und wird dann bekanntlich sein Unternehmen auflösen, in der Hauptsache veranlaßt durch die Folgen aus der Luftfahrtssteuer, welche beide Zirkusse seit dem September 1913 als die hauptsächlich Betroffenen in Mitleidenschaft gezogen hat.

Kommissionsrat Busch bittet an dieser Stelle alle denen seinen Dank auszusprechen zu dürfen, die ihm zuletzt so viele Beweise ihrer Anhänglichkeit und Sympathie erwiesen haben, da es ihm unmöglich ist, seine Erlebenszeit allein in Frage kommenden einzeln mitzutragen, welche seit beinahe 20 Jahren aus allen Schichten der Berliner Bevölkerung treu zu ihm gestanden haben.

„Wenn der Frühling kommt“.

Im Thalia-Theater wurde am Sonnabend unter obigem Titel eine Feste mit Gesang und Tanz in drei Akten von Aren und Georg Monstrosoli aufgeführt. Die Gesangsteile hierzu hat Alfred Schönbald und die Musik Jean Gilbert geliefert. Eine Premiere im Thalia-Theater bietet dem Unbegünstigten zugleich die Möglichkeit, einen Einblick zu tun in die Mode und Tracht der Gewänder, die die vornehme Gesellschaft zur Schau tragen. Unwillkürlich wird man hier an die Worte erinnert, die der Direktor zum Dichter im „Fruht“ spricht: „Ran eilt gestreut zu uns, wie zu den Rosenbüschen, aus Neugier, und bespähelt jeden Schritt; die Damen geben ihren Putz zum Besten und spielen ohne Gage mit“. Und mit Bezug auf das an Privatität und Sentimentalität gemischte Premierentstück kann man wirklich sagen: „Der dieses bringt, wird jedem etwas bringen“. Es ist eine urkebele Geschichte, die sich vor dem Besucher abspielt. Ein junger Graf, seines Zeichens Fufarenleutnant, will durch eine Millionenheirat seine und seines Vaters heruntergekommenen Finanzen wieder sanieren. Zu dem Zweck soll er sich die Tochter Fränze der reich gewordenen „getrocknete Pflanzenhändlerin“ Frau Könige heiraten. Der junge Graf liebt indessen Kößchen, die Schwester des Blumenhändlers Wilhelm Wohlgenut, Tochter eines Blumenfalkons „zum kleinen Priemeltopf“. Und Fränze findet ihren tugendlichen Verehrer in dem Stiefbruder Wohlgenut, der, reich aus Amerika kommend, die alte Liebe zu seiner ehemaligen Jugendfreundin wieder auffrischt. Auch die „getrocknete Pflanzenhändlerin“ findet in dem alten Grafen einen Galan, der nach all den Irrungen sich entschließt, in die „saure Pflaume“ zu beihen.

Als Wilhelm Wohlgenut und seine Frau Malz zeichnen sich Theo Stolzenberg und Lotti Werkmeister aus. Den Stiefbruder Wohlgenut, dem die Hauptrolle zufiel, spielte mit herzerfrischender Mimik Arnold Ried. In der amnatigen Fränze (Lisa Grünberg) fand er eine feishe und liebesende Partnerin. Beide sangen den Schlager des Abends: „Wenn der Frühling kommt!“ Kößchen wurde durch Rosa Feldweg dargestellt und den jungen Grafen Egon spielte Fritz Jungmann. Besonderen Beifall fanden die von diesem Paare aufgeführten Tänze. Den Aktanzug von Kubandem stellte Emil Sondermann und die Gräfin-Schwiegermutter Viktoria Könige Joh. Jümler-Schay mit viel Geschick dar. Obwohl der Blumenfalkon „zum kleinen Priemeltopf“ so recht frühlingstümlich ausgestattet war, verwandelte sich die Bühne nach dem zweiten Akt und am Schluß zu einem prächtigen Blumenhain. Die Verfasser der Feste sowie der Komponist, der zugleich dirigierte, durften sich wiederholt unter stürmischem Applaus zeigen.

Internationale Ballonfahrt. Am Donnerstag, den 2. April 1914, finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es steigen Drachen, bemannte und unbemante Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Findex eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Beschriftung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

Arbeiter-Bildungsschule, Grenadierstraße 87. Am Sonntag, den 19. April, beginnt der Fortschrittskursus — historischer Materialismus mit geschichtlichen Rückbliden. Vortragender: Emil Eichhorn. In diesem Kursus wird nur eine beschränkte Teilnehmerzahl zugelassen. Diejenigen, welche gewillt sind, daran teilzunehmen, müssen ihre Bewerbung bis zum Sonntag, den 6. April, an den Genossen Franz Weil, Neukölln, Emser Straße 48, einleiden. Die Meldenden müssen mindestens ein Jahr Mitglied der Schule sein, einen Kursus besucht haben und politisch und gewerkschaftlich organisiert sein.

Vorortnachrichten.

Charlottenburg.

In der Delegiertenversammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission erbatte der Obmann Richter Bericht über das vergangene Geschäftsjahr. Die Mitgliederzahl sei besonders in der Baubranche heruntergegangen. Der Kommission angeschlossen seien 11 079 Mitglieder von 26 Gewerkschaften, gegenüber 11 639 Mitgliedern im Vorjahre. Die Schuhmacher, die bisher am Ort eine eigene Verwaltungsstelle unterhielten, haben sich der Verwaltungsstelle Berlin als Zahlstelle angeschlossen. Als einzige Organisation besitzt nur die der Porzellanarbeiter noch am Ort eine Verwaltungsstelle. Bei den im Berichtsjahre statgefundnen Wahlen der Vertreter zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse und den Wahlen zum Gewerbegericht seien die Kandidaten der freien Gewerkschaften gewählt worden. — Den Rosenberichter erbatte der Kassierer Ahrens. Sämt einem übernommenen Bestand von 124,57 Mark aus dem Vorjahre bezifferten sich die Einnahmen auf 1368,83 Mark, der eine Ausgabe von 1049,20 Mk. gegenüberstehen. Nach einer kurzen Diskussion, an der sich Reßis, Ahrens, Brand, Schröder

und Klemming beteiligten, erfolgten die Wahlen zum Ausschuss. Als Obmann wurde Genosse Richter, Metallarbeiter, Hoefelerstr. 11, wiedergewählt. Ferner wurden Buchdrucker Ahrens, Bureauangestellter Klemming, Maurer Giese und Holzarbeiter Storch in den Ausschuss delegiert. Als Revisoren wurden Holzarbeiter Brandung, Metallarbeiter Rende und in die Bibliotheksrevisionskommission ebenfalls die vorgenannten und noch Steinlecher Schröder gewählt. In der Volkshausauskunft wurden neben den obengenannten Ausschussmitgliedern noch Brandung, Graubenz und Hennig hinzugezählt. Aus der Wahl zu Vertretern in den Bildungsausschuss gingen Jung, Schmidt und Kimm als gewählt hervor. Als Vertreter in den Kreisjugendauschuss wurde abdann noch der Genosse Giese gewählt. — Ueber die bevorstehende Raiffeiser machte der Obmann die Vorberichtigungen bekannt, die der Ausschuss hierzu geplant hat. Es entspann sich daraufhin eine ausgiebige Debatte, in welcher von allen Rednern, mit Ausnahme des Genossen Kimm, die Bedeutung der Raiffeiser als eine durchaus verheißungsvolle betrachtet wurde. Man gab dem Wunsch Ausdruck, daß mit dieser Form in diesem Jahre, dem 25. Jubiläumsjahre, endlich mal ein Schluß gemacht werde. Jeder, der die Situation objektiv beurteilt, muß zugeben, daß die Raiffeiser in den letzten fünf bis sechs Jahren in erheblicher Weise abgefallen sei. Allerdings sei der Gedanke, der der Raiffeiser zugrunde liege, ein guter und werde sich nicht befehlen lassen. — Nachdem noch Ahrens und Brandung sich über das Neben der Volkshausarbeiten geäußert hatten, wurde noch kurz die in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen angenommene Aufbauseitener besprochen. — Es fehlten unentschuldig die Vertreter der Asphaltreue, Friseur und Gastwirtschaftlichen.

Die nächste Zusammenkunft der Jugendsektion findet am Mittwoch, den 1. April, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3, statt. In der Jugendsektion hat sich die männliche und weibliche Jugend im Alter von 18 bis 23 Jahren zusammengeschlossen, um sich fortzubilden durch Vorträge aus allen Wissensgebieten. Eine gute Bibliothek steht unentgeltlich zur Verfügung.

Gesellige Abende, an denen Ernst und Heiteres von unseren Dichtern vorgetragen wird, mit gemeinsamen Gesängen und musikalischen Vorträgen, werden der Erholung und Freude gewidmet. Wanderungen aus Ausflüge an den Sonntagen werden veranstaltet. Die Zusammenkünfte finden an jedem Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus statt.

Die Vertrauensleute der Gewerkschaften wollen die jungen Gewerkschaftsmitglieder hierauf aufmerksam machen. — Adressen und Beitrittsbedingungen sind an den Vorstehenden Paul Schiller, Charlottenburg, Friedenstr. 24/25, zu senden.

Schöneberg.

Bei der Wahl zum Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse entfielen auf Liste 1 und Liste 2 der Arbeitgeber je 15 Stimmen. Liste 1 erhielt 1 Vertreter, Liste 2 durch Los 2 Vertreter. Für die Arbeitnehmer wurden 58 Stimmen abgegeben. Daraus entfielen auf Liste 1 8 Stimmen, auf Liste 2 (freie Gewerkschaften) 51 Stimmen. Auf letztere entfielen 6 Vertreter.

Neukölln.

Jugendweiche der Neuköllner Arbeiterschaft.

Dem Jugfer Zeit folgend ging der Neuköllner Jugendauschuss schon vor zwei Jahren daran, allen denen, die weder kirchlich getauft, noch Mitglied der freireligiösen Gemeinde sind, einen weichen Eintritt in das draußende Leben zu ermöglichen. Von Jahr zu Jahr steigerte sich die Anzahl der Teilnehmenden, und am vergangenen Sonntag war es die stattliche Schar von 70 Knaben und Mädchen, die mit ihren Angehörigen über 450 Personen zählten. Die beiden Jugendheime konnten die Masse der Besucher kaum bergen; doch trotz der Hülle ist wohl jeder mit dem Gefühl geschieden: diesen Tag werde ich nie vergessen! Einen eigenartigen, intimen Reiz übten die schlicht ausgestatteten Heimräumlichkeiten aus. Klara Bohm-Schuch und Waldeck Rauffe hatten die dankbare Aufgabe übernommen, dem Neuköllner Jungvolk Wegweiser für ihr künftiges Leben zu sein. Beide lösten ihre Aufgabe meisterhaft. „Aus Recht und Scheu niemand!“ oder „Werde ein wahrer Streiter deiner Ideale“, das war der Ton ihrer wirkungsvollen Worte. Diesen zu folgen, gelobten sich jung und alt. Die Weibergabe, ein Bildlein des glänzenden Schriftstellers Charles Videns, wird den Jugendlichen wohl ein Zeichen stetiger Erinnerung dieses erhebenden Tages bleiben.

Künstlerische, musikalische Vorbereitungen, Rezitationen und gemeinsamer Gesang eröffneten und schlossen die Weihen in würdevoller, dem Geiste des modernen Proletariats entsprechender Weise.

Das letzte diesjährige Volkssinfonienkonzert findet am Freitag, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“ statt. Eintrittsarten sind noch in den mit Plakaten bezeichneten Geschäften und im Zimmer 212 des Rathauses zu haben.

Treptow-Daumhauentweg.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung nochmals mit der Ausübung des Forensenwahlrechts durch die Mitglieder des Gemeindevorstandes. Bekanntlich haben die unbedarften Schöffen und der erste Gemeindebaumeister um Forensenwahlmachten geworden, mit deren Hilfe dann Schöffe Schmidt in der 2. Wahlperiode den Ausschlag gab. Auf Grund dieser Tatsache und einiger weniger bedeutender Anlässe hatten einige Wähler aus dem Grundbesitzerverein des Berliner Ortsteiles gegen die Wahl der Herren Klapp und Neumann Protest eingelegt. Sie setzen in der amtlichen Eigenschaft des Baumleiters und der Schöffen, besonders des Schöffen Schmidt als Steuerbegünstigten, eine unzulässige Beeinflussung. Von den Beteiligten wird das natürlich bestritten. Ein Gemeindeverordneter versicherte sogar, daß diese Vollmachtserteilung lediglich auf dem persönlichen Vertrauen der Forensen zum Schöffen Schmidt beruhe. Der jetzt ausstehende bürgerliche Vertreter Kidel erbrachte aber sofort, wenn auch unbedeutend, den Gegenbeweis, indem er anführte, daß bereits anderweit erteilte Vollmachten nach der bekannten Aufforderung der Schöffen zurückgegeben und diesen übergeben worden seien. Das ist ein Zeichen, daß dem persönlichen Vertrauen ganz wesentlich nachgeholfen werden müßte. Genosse Verisch, der nach langer, durch seine Krankheit bedingten Pause der Gemeindevertretung zum ersten Male wieder bewußt sein konnte, teilte in scharfen Worten den Unflug des Forensenwahlrechts und dessen Mißbrauch. Er erklärte zwar ausdrücklich, daß die Handlungsweise der Schöffen in diesem Falle von keinerlei unläuterer Motiven geleitet werde, forderte aber, daß diese sich die durch ihr Ehrenamt gebotenen Beschränkungen in der Wahlpropaganda auferlegten. Der Gemeindevorstand mußte auf jeden Fall das Obium vermeiden, daß er die Zusammensetzung der Gemeindevertretung als seiner Kontrollbehörde, selbst dirigiert. Der Bürgermeister berichtete, daß von den 310 abgegebenen Stimmen der 2. Wählerklasse 181 Forensen gemeint seien. Von diesen Vollmachten habe Schöffe Schmidt 78 innegehabt. Er bestritt, daß der Gemeindevorstand als solcher mit der Sache etwas zu tun habe und versicherte, daß auch dessen Amtshandlungen von der Werbung um die Vollmachten nicht beeinflusst worden seien. Unsere Genossen forderten, daß die Gemeindevertreter vom Gemeindevorstand unabhängig sein sollten und erklärten sich deshalb für die Ungültigkeitserklärung der beiden beanstandeten Mandate, nicht wegen der beteiligten Personen, sondern um damit das System der Wahlmacht zu verurteilen. An dem aber hat gerade die Mehrheit der Wähler, und so erfolgte denn die Gültigkeitserklärung. Charakteristisch an diesem Wahlprotest selbst war, daß dessen Unterzeichner den Inhaber eines der beanstandeten Mandate, Herrn Klapp, selbst gewählt hatten. An dem Akt, auf dem die meisten Herren sitzen, sollte oder nochmals gerüttelt werden. Unsere Genossen beantragten, in der nächsten Sitzung über den Beitritt zur Petition der Char-

loittenburger Stadiverordneten, die Aufhebung des Hausbesitzerprivilegs und der öffentlichen Stimmabgabe betreffend, zu verhandeln. Die Rechte des Hauses antwortete mit Ja, einer der Herren versicherte feierlich, daß man in Treptow keine Ursache habe, sich gegen die Hausbesitzer zu wenden. Dann wurde der Antrag dem Gemeindevorstand überwiesen.

Die Wahl der Arbeitgebervertreter zum Gewerbegericht, die im Proporzverfahren nicht zustandgekommen war, ergab die Wahl der vom Handwerkerverein vorgeschlagenen Herren Maurermeister Engel, Zimmermeister Frisch, Töpfer Schmidt, Klampner Kleinowski, Tischler Heide, Dachdecker Demme und Lenz, Schlosser Knoch, Restaurateur Hiller und Klavierfabrikant Kolst. Auf eine gegnerische Liste mit fünf Namen entfielen 5—8 Stimmen. Unsere Vertreter forderten die Anerkennung dieser letzteren Liste, da diese allein rechtzeitig eingereicht war. Sie fanden aber keine Gegenliebe. Die Bezeichnung der Bevölkerung durch das geheimnisvolle Verschwinden des Schulmädchens Kuske fand auch in der Sitzung seinen Ausdruck in der Anfrage nach den Maßnahmen zur Aufklärung des Falles, die von mehreren Rednern als ungenügend bezeichnet wurden. Am liebsten aber die Verfolgung des Falles in Händen der Berliner Kriminalpolizei. Um auch ihrerseits zur baldigen Aufklärung beizutragen, bewilligte die Vertretung daraufhin einstimmig 300 M. zu einer Belohnung für Angaben, die zur Ermittlung des Kindes oder seiner Entführer dienen.

Reuthen.

Am heutigen Dienstag, von nachmittags 5—6 1/2 Uhr, findet die hiesige Gemeindevahl statt. Hierzu nahm am Sonntag eine öffentliche Wählerversammlung Stellung, in der der bisherige Vertreter Genosse Feiertag einen Bericht über seine Tätigkeit im Gemeindevorstand gab. Abdann hielt Genosse Groger einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die allgemeinen Aufgaben in der Gemeinde. Als Kandidat wurde wieder einstimmig Genosse Feiertag nominiert.

Ehrenlade eines jeden ist es, am heutigen Tage seine Pflicht zu tun, damit unser Kandidat Genosse Feiertag gewählt wird.

Alle diejenigen, die mit Reuthenern zusammen arbeiten, werden gebeten, dieselben auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen.

Adlershof.

Der Kampf um die 300 Mark für die bürgerliche Jugendpflege wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung zu Ende geführt. Der Gemeindevorstand hatte diese Summe zum ersten Male in den Etat eingestellt. Unsere Genossen bekämpften bei der Entscheidung diese Position und da die Gefahr bestand, daß bei den noch zu erwartenden Debatten die Etatberatungen nicht rechtzeitig zu Ende geführt werden, wurde auf Antrag eines bürgerlichen Vertreters diese Summe der Gemeindevertretung zur Verfügung gestellt. In der letzten Sitzung sollte nun die Gemeindevertretung endgültig entscheiden. Von bürgerlicher Seite wurde alles getan, um nach dem Willen der Regierung, aber auf Kosten der Gemeinde, auch in Adlershof die Jugendpflege im hurra-patriotischen Sinne zu fördern. Unsere Genossen wiesen ein solches Ansuchen energisch zurück. Genosse Jabel zeigte in längeren Ausführungen, auf welchem Wege diese angeblich unpolitische Jugendpflege wandelt. Diesen Ausführungen glaubte der Schöffe Müller entgegenzusetzen zu müssen. Zwar wollte er erst nicht wissen, ob die bürgerliche Jugendpflege eine politische Bewegung sei; am Schluß seiner Ausführungen bekannte er indessen — wohl ungewollt —, daß er sehr wohl von dem politischen Charakter der Jugendpflege unterrichtet ist. Da auch noch weitere Redner behaupteten, daß die von den bürgerlichen Kreisen angestrebte Jugendbewegung — im Gegensatz zur Arbeiterjugend — unparteiisch sei, ein Redner sich sogar soweit verleitete, zu erklären, einer politischen Bewegung würde er keine Mittel bewilligen, verlangten unsere Genossen die Verlesung der Anträge auf Unterstützung, die von dem bürgerlichen „Jugendpflege-Ausschuss“ als auch vom Vorstand des Vereins „Arbeiterjugendheim“ dem Gemeindevorstand zugegangen sind. Aus diesen Schreiben ging nun klar hervor, daß wohl die Bestrebungen des Vereins „Arbeiterjugendheim“, aber nicht die des „Jugendpflege-Ausschusses“ als unpolitisch bezeichnet werden können. Genosse Jabel nahm denn auch die bürgerlichen Redner beim Wort und verlangte, entweder gleichmäßige Zuwendung der Mittel an beide Richtungen oder Ablehnung der gesamten Summe. Da die bürgerlichen Vertreter sich nicht einig waren, wie die Mittel für den Jugendpflege-Ausschuss Verwendung finden sollten — die einen wollten die Mittel in der Tat geben, während die anderen den Sitzungssaal im Feuerwehrturmgebäude als „Jugendheim“ einrichten wollten — wurde beschossen, keine Mittel für die Bewegung zu bewilligen. Für diesmal konnte also verhindert werden, daß Gemeindevorstand privaten Vereinen zu patriotischen Rummel zugeführt wurden, wie lange wird es dauern, bis ein neuer dahinjehender Antrag die Gemeindevertretung beschäftigt wird? In der Angelegenheit der Gemeindevorstandes, in welcher auch die Schüler der 1. Gemeindevorschule turnen, kennzeichnete Genosse Jabel die zwiespältige Haltung des Gemeindevorstandes. Der Bürgermeister hatte nicht nur in den Sitzungen, sondern auch bei persönlichen Ausreden immer den Standpunkt vertreten, die Turnhalle soll allen, also auch den Arbeiter-Turnvereinen, zur Verfügung gestellt werden. In einem Schreiben an die Regierung betonte er dagegen ausdrücklich, daß er die Turnhalle dem Arbeiter-Turnverein nicht zur Verfügung stellen werde. Als Entschuldigung für diese Haltung führte der Bürgermeister an, daß ihm von der Regierung bedeutet worden sei, die Genehmigung zum Bau der Turnhalle werde nur dann erfolgen, wenn dem Arbeiter-Turnverein die Turnhalle vorzuziehen bleibe. Genosse Jabel kritisierte das Verhalten der Regierung sowohl wie die nicht genügend energischen Gegenmaßnahmen des Bürgermeisters. Dieser hätte von einer solchen Anordnung der Regierung der Gemeindevertretung sofort Mitteilung machen müssen und nicht einfach zu Kreuze kriechen sollen. Bei einer solchen Haltung der ersten Beamten der Gemeinde sei es kein Wunder, wenn die Maßnahmen der Regierung der Gemeinde gegenüber immer rigorosere würden und die Selbstverwaltung der Gemeinde völlig verloren gehe. Wie wenig die Gemeinden ihre Angelegenheiten nach selbständig regeln können, beweist der Ausbau der Chauffee nach Köpenick. Der Bauabzugsplan für diesen Ortsteil ist noch nicht fertiggestellt. Die Gemeinde will nun diese Straße, die sehr reparaturbedürftig ist, durch umfangreiche Ausbesserungsarbeiten herstellen lassen und verjagt aus diesen Gründen, eine Verlängerung der Ausbaufreit bis zum Jahre 1916 zu erhalten. Der Kreisauschuss erkannte das Fehlen des Bauabzugsplans als einen Hindernisgrund nicht (!) an und verlangte den vorläufigen einseitigen Ausbau der Straße. Einer Verlängerung der Ausbaufreit will er nur zustimmen, wenn die Straße in sieben Meter Breite mit Reiheneisen gepflastert wird. Nach dem Kostenanschlag würde das 33 000 M. Kosten verursachen, während nach dem Plan der Gemeinde, die Straße vorläufig mit polygonalen Kopfsteinen zu befestigen; der Zweck erreicht und eine bedeutende Ersparnis für die Gemeinde eintreten würde. Die Vertretung beschloß den Ausbau der Straße auf eine Breite von 6,50 Meter mit Reiheneisen und hofft, daß der Kreisauschuss diesem Beschluß seine Zustimmung geben wird.

Bei der Wahl von zwei Abgeordneten und zwei Ersatzmännern für den Ausschuss des Sanitätsvereinsverbandes der Gemeinden Rieberschönau, Adlershof, Grünau, Johannisdal, Alt-Blonitz und Kubow wurden als ordentliche Mitglieder Dr. Wille und Genosse Jabel, als Ersatzmänner Ingenieure Müller und Kaufmann Krause gewählt.

Schwabbe.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erbatte der Vorsitzende Wendi den Geschäftsbericht. Der Mitgliedererwerb betrug im Berichtsjahre 11, doch hat sich infolge vermehrter Fortzüge die Mitgliederzahl nicht gehoben. Es sind 20 Mitglieder

(45 männliche, 14 weibliche) am Orte vorhanden, genau die gleiche Zahl als am Schluß des vorigen Geschäftsjahres. Der Geschäftsbericht ergab kein erfreuliches Bild. Die drei ersten Quartale des Berichtsjahres wiesen ein Defizit auf, das vierte Quartal brachte eine Besserung. „Vorwärts“-Abonnenten sind 68 vorhanden. Die Bildungsarbeit wurde im Lohnsdorf aufgenommen betrieben, doch ließ auch hier die Beteiligung an den Bildungstagen zu wünschen übrig. Die Lokalkommission hat am Ort ein weiteres Lokal freibekommen. Der neue Vorstand setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzender Volkenshin, 2. Vorsitzender Raabe, Kassierer Matthes, Schriftführer Barth, Beisitzer Eidenburg, Redizoren Zimmermann, Koovert, Jemoch; als Leiter der Agitationsbezirke: Koovert, Steinbrück, Jemoch, Waldow, Jeseit und Käthner. Eine ausgedehnte Aussprache entspann sich um die Form des diesjährigen Raiffeiserarrangements. Man einigte sich dahin, den Genossen die Teilnahme an den Vormittagsveranstaltungen der Gewerkschaften in Berlin zu empfehlen, des Abends jedoch eine Feiertag am Ort zu arrangieren und die Vorbereitungen hierzu dem Vorstand zu überweisen. — Die Agitation für Wahlverein und „Vorwärts“ findet in der letzten Aprilwoche statt.

Stralau.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst lagen die Offerten zweier Firmen für die Straßenreinigung 1914 vor. Die Firma Bonfau-Stralau verlangte 6228 M., während die Firma Richter-Berlin, die für das Steuerjahr 1913 7244,25 M. erhalten hat, ein Angebot von 5400 M. machte. Die letztere Firma erhielt den Zuschlag. Das mit der Stadt Berlin geschlossene Abkommen betreffs Reinigung des Pfälzers vom Tunnel Amalstraße bis Markgrafendamm, das am 30. September 1916 abläuft, soll auf ein weiteres Jahr verlängert werden. Die Revision hat einen Bestand von 160 119 M. ergeben. An revidierenden Steuerbeiträgen mußten 9590 M. gebucht werden. Die Einnahmen und Ausgaben für das Steuerjahr 1914 sind mit 334 500 M. festgelegt. Das Gesamtvermögen der Gemeinde beträgt 708 829,93 M. Ihm steht eine Schuldenlast von 566 602,77 M. gegenüber.

Nieder-Schönhäufen.

Nach dem nunmehr erschienenen Bericht des Schulrates, Sanitätsrat Dr. Straube, über das Jahr 1913, betrug die Zahl der Schüler in den drei Gemeindevorschulen 2285, 1114 Knaben, 1169 Mädchen. Davon wurden 344 neu eingeschulte Kinder unterrichtet. Von diesen litten 38 an Blutarmit, 54 an Skrofulose, 46 an Kassen- und Nervenleiden, 19 an Lungenerkrankungen, 14 an Augenleiden. Sonstige Krankheiten (Herzleiden, Nerven, Verkrümmung der Wirbelsäule, Hautkrankheiten, Malaria) werden 51 verzeichnet. Außerdem hatte die größte Zahl der Kinder defekte Zähne, was darauf schließen läßt, daß die Zahnpflege noch sehr vernachlässigt wird. Von den im April und Oktober schulpflichtigen Kindern mußten wegen allgemeiner Körperchwäche und sonstiger Leiden 25 auf ein halbes Jahr zurückgestellt werden. Nach beendeter Schulpflicht kamen im verflochtenen Jahre 239 Kinder zur Entlassung; dieselben wurden nach der körperlichen Untersuchung in ihrer Berufswahl beraten und mit Verhaltungsmaßregeln für ihre fernere Gesundheit versehen. Ferner fanden auf Veranlassung der Rektoren 136 Konsultationen in der Wohnung des Schulrates statt. Zur Feststellung des Gesundheitszustandes und der Einteilung ärztlicher Beratung wurden durchschnittlich ein- bis zweimal monatlich in jeder Schule Klassenbesuche gemacht. An den mehrtägigen Schülerwanderungen nahmen 277 Knaben und Mädchen teil. In die Ferienkolonie wurden 45 Kinder aufgenommen (im Vorjahre nur 12). An dem orthopädischen Turnunterricht haben 48 Mädchen teilgenommen. Bei ihnen handelte es sich um Verkrümmung der Wirbelsäule. Der Bericht teilt mit, daß hierbei gute Erfolge erzielt worden sind; 9 Kinder konnten als vollständig geheilt, 20 als erheblich gebessert bezeichnet werden. Im Oktober 1914 soll der Unterricht auch für Knaben beginnen, der bisher in Ermangelung einer Lehrkraft nicht eingerichtet werden konnte. Ebenso gute Erfolge konnte die Hülfschule für geistig minderbegabte Kinder verzeichnen, die von 18 Knaben und 10 Mädchen besucht wird. In dem Bericht wurde ausdrücklich betont, daß bei der geringen Kinderzahl der Lehrer in der Lage sei, sich individuell mit jedem Kinde zu beschäftigen, es sei erlaucht, welche Fortschritte trotz des oft sehr tiefstehenden geistigen Niveaus erzielt wurden. Für 75 unterrichtete Kinder, die entweder der elementarsten Pflege bedürftig oder deren Eltern aus Mittellosigkeit nicht in der Lage waren, für den notwendigen Unterricht zu sorgen, wurde von den Rektoren die von privater Seite errichtete Suppenküche in Anspruch genommen und den Bedürftigen regelmäßig kostenlos warmes Mittagbrot verabfolgt. Gemütskranke wurden von der Gemeinde in die Schulen in jeder Woche einen Spielausgang unter Leitung eines Lehrers einzuführen. Der Bericht bestätigt nur von neuem, wie dringend die von unseren Genossen seit langem gewünschte Anstellung eines Schularztes war.

Rahnsdorf.

Ein fürstliches Gehalt von sage und schreibe 500 M. jährlich bot der hiesige Gemeindevorstand für einen Nachwächterposten in Wilhelmshagen. Da nun die Gemeindevertreter mit dem Gemeindevorstand doch wohl eingesehen haben, daß ein Mensch mit einem solchen Hungergehalt in einem Villenort nicht leben kann, wird dem Rektanten gleichzeitig die Stelle als Hülfsgebediener geboten, dotiert mit 300 M. Es drängt sich die Frage auf: wann soll der Nachwächter alias Gemeinbediener die Zeit gewinnen, seine 2,00 M. pro Tag und Nacht zu verzehren. Solche Angebote sind nur möglich von einer Gemeindevorstand, auf die die Sozialdemokratie noch keinen Einfluß hat. Bei der diesjährigen Gemeindevahl im Juni müssen unsere Genossen mit allen Kräften versuchen, daß es gelingt sozialdemokratische Vertreter durchzubringen.

Hohen-Neuendorf.

Der Vorschlag für das Rechnungsjahr 1914 schließt ab mit 263 587,23 M. Das gesamte Vermögen beträgt 1 283 113,78 M., die Schuldenverwaltung erfordert 668 570 M., das reine Vermögen ist demnach auf 206 243,78 M. festzusetzen. Die allgemeine Verwaltung verzeichnet eine Einnahme von 275 M., eine Ausgabe von 20 001 M., so daß der Zuschuß 20 626 M. beträgt. Der Titel Steuerverwaltung weist eine Erhöhung der Grundsteuer auf, die für bebauten Grundstücke mit 3,2 pro Tausend, für unbebaute mit 1,8 pro Tausend des gemeinen Wertes zur Erhebung gelangt. Bisher wurden 2,8 pro Tausend für beide Arten des Grundbesitzes erhoben. Der Zuschuß zur Staatsseinkommensteuer beträgt wie bisher 100 Proz. Die Einkommen unter 900 M. sollen 460 M. an Steuern aufbringen. Wie im Vorjahre stellte auch diesmal unser Vertreter wieder den Antrag, diese Einkommen von jeglicher Steuer zu befreien. Der Gemeindevorstand erklärte, hierzu bedürfe es einer Änderung der Steuerordnung; er stellte anheim, einen diesbezüglichen Antrag gelegentlich einzubringen, damit dann vom nächsten Jahre ab eventuell dem ergränzten Antrage stattgegeben werden könne. Der Schlußteil schließt ab mit 6180 M. Einnahmen und 38 781 M. Ausgaben für Volksschule und 9830 M. Einnahmen und 19 770 M. Ausgaben für die Mittel- und höhere Knaben- und Mädchenschule. Der Zuschuß der Gemeinde beträgt also 9800 M. Unser Redner erklärte, daß er für dieses Institut, das lediglich ein Privileg der Wohlhabenden sei, nicht einen Penny bewillige. Die Notwendigkeit des Bestehens einer solchen Schule, welche von den Bürgern mit dem Hinweis auf die Heranziehung von guten Steuerzahlern immer besonders betont wird, wurde von unseren Genossen bestritten. Für Knaben und Pfarre sind 4078 M. in den Etat eingestellt. Genosse Hoffmann erklärte sich entschieden dagegen. Die Kirche möge gefälligst ihre Bedürfnisse von den Kirchensteuern, über deren Verwendung bekanntlich niemand Rechenschaft abgelegt werden, bestritten. Keine Einnahmen, jedoch 8000 M. Ausgaben stellt der Titel „Polizeiverwaltung“ vor. Wirklich ein erhebendes Gefühl für die Hohen-Neuendorfer Steuerzahler, in diesem „Bescheidenen“ Maße zu den Kosten des Amtsbezirks Wirtenwerder beitragen zu dürfen. Ein weiteres Schmerz-

Kind der Gemeinde ist die am Großschiffahrtsweg gelegene Abgabe. Dieselbe erfordert an Vergütung und Unterhaltung 2782 M. Einnahmen sind fast gar nicht vorhanden, weil die Zufahrtstraße für Fuhrwerke unpasseierbar ist. Das Gaswerk soll einen Lieber- schutz von 12252 M. abwerfen, den das Wasserwerk, das total unrentabel ist, verschluckt. Von Herabsetzung der außerordentlich hohen Gaspreise natürlich keine Rede. Das Wasserwerk erfordert einen Zuschuß von 8261 M. Der Voranschlag wurde gegen die Stimme unseres Vertreters genehmigt.

Herzfelde.
Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde der Etat der Gemeinde für das Rechnungsjahr 1914 genehmigt. Die Kommunal- steuerzuschläge mußten auf 200 Proz., die Realsteuernzuschläge auf 300 Proz. festgesetzt werden. — Zu dem Abfluß des Vertrages mit Herrn Dr. Praetorius über die ärztliche Behandlung der Ortsarmen erteilte die Vertretung ihre Zustimmung. — Die Einrichtung eines Handfertigkeitsunterrichts für die Gemeindegemeinde wurde bedauerlicher- weise abgelehnt. — Der Anschluß kommunaler Grundstücke an das Wasserwerk (neues Schulhaus, Armenhaus, Elektrizitätswerk, Friedhof) wurde beschlossen. — Unter anderem wurde dann der Finanzierungs- plan über das Bahnbauprojekt Herzfelde—Firschenwalde, der von der Firma Benz u. Co. angefertigt ist, vorgelegt. Die Gesamtkosten für die Bahn würden sich auf etwa 1.200.000 M. stellen. Zu den Kosten trägt der Staat ein Viertel, die Provinz ebenfalls ein Viertel bei. Die restierenden 600.000 M. verteilen sich folgendermaßen: Kreis Zehus 175.000 M., Kreis Niederbarnim 125.000 M., Firschenwalde 85.000 M., Palmniden 10.000 M., Zehus 5000 M., Eigene Scholle 10.000 M., Herzfelde 20.000 M., Jämsendorf 20.000 M., Kleinbaum 3000 M., Liebenberg 10.000 M., Rogel 20.000 M., Neue Mühle 7000 M., Herzfelde 10.000 M. Außerdem ist das für Bahnhofs- anlagen und Linienführung erforderliche Land von den betreffenden Gemeinden kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde- vertretung beschloß, sich mit dem Projekt in nächster Sitzung näher zu beschäftigen.

Spandau.
Die Kinderwagensteuer bleibt bestehen, trotzdem die Stadtverord- nungen im Januar sich für Aufhebung der unzeitgemäßen Steuer aus- sprachen. Die Polizeiverwaltung, deren Chef Oberbürgermeister Käpke ist, will es aber anders, sie gibt bekannt, daß die alten Kinderwagen- marken am 31. März ihre Gültigkeit verlieren und die neuen Marken vom 30. März ab ausgegeben werden. 1 M. kostet die Kinderwagen- marke, die zum Befahren der Wege in den städtischen Anlagen und der Bürgersteige berechtigt. Die arme Mutter, die die Mark nicht

bezahlen kann, muß mit dem Kinderwagen auf dem Straßenrande fahren und schwebt infolge des starken Wagen- und Automobil- verkehrs mit ihrem Kinde in ständiger Lebensgefahr. Wer nun aber denkt, daß der Magistrat aus dieser vorfintstlichen Steuer, die Spandau Brandenburg a. S. nachgehakt hat, einen Vorteil für die Stadtkasse herausschlägt, der irrt sich gewaltig. Das Geld, das durch die Kinderwagensteuer einfließt, geht wieder vollständig drauf für Anfertigung und Ausgabe der Emaillierbilder. Verwundert wird nun mander fragen, was denn eine Steuer, die nichts einbringt, für einen Zweck hat? Die Wagenmarken sollen den Polizeibeamten bei vorfindenden Uebertretungen dazu dienen, festzustellen, wenn der Kinderwagen gehört. — Spandau ist zwar Großstadt geworden, aber trotzdem schuppenstädtisch geblieben.

Gemeindevahlergebnisse.

Schönwalde (Mark). Bei den diesjährigen Gemeindevertreter- wahlen wurden unsere Kandidaten in allen drei Abteilungen glatt gewählt. Waren sich unsere Genossen auch bewußt, daß die dritte Abteilung der Sozialdemokratie gehört, so waren sie doch überrascht, daß uns die zweite Abteilung ebenfalls mit zwei Vertretern zufiel und in der ersten der Reaktionär hinausgewählt wurde. Unsere Genossen haben brav gearbeitet, nun muß der Besitzstand zu einem dauernden gemacht und auf der Bahn das Dorfparlament zu demo- kratisieren, mutig fortgeschritten werden.

Badsdorf. Auch in unserem stillen Dörfchen war Gemeinde- vertreterwahl. Bei der Hauptwahl erhielt unser Genosse 17 Stimmen, während Herr Marlas vom Grundbesitzerverein 18 Stimmen hatte, einige waren zerplittert. Am 24. März war Stichwahl. Sein Gegner war alles aufgeboten, um den Sieg an sich zu reißen; indessen waren auch unsere Genossen nicht untätig geblieben. So konnten sie den Erfolg des Tages für sich buchen. Genosse Göhrig wurde mit 25 Stimmen gegen den bürgerlichen Kandidaten, auf den 15 Stimmen entfielen, gewählt.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Vorflurwalde-Dittenau. Dienstag, den 31. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus: Stadtberatung.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist be- rechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Marktpreise von Berlin am 28. März 1914. nach Ermittlungen des tgl. Volksgeldräubers. Weiz (mitz), gute Sorte 00,00—00,00, Donau

00,00—00,00. Weiz (runder), gute Sorte 15,00—15,10. Roggen 0,00. Hafer 7,40—8,20. Kartoffellenpreise 100 Kilogr. Weißen, gelbe, zum Kochen 34,00—30,00. Saiselbohnen, weiße 25,00—30,00. Linsen 40,00—30,00. Kartoffeln (Kleinst), 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Karte 1,50—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,90. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,60. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,20—5,40. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kaffee 1,60—3,20. Zucker 1,40—3,20. Getreide 1,20—2,40. Wurst 1,00—2,20. Schokolade 1,60—3,20. Mehl 0,80—1,50. 60 Stück Brot 0,50—2,00.

Witterungsüberblick vom 30. März 1914.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in C. Tag- u. Nacht	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in C. Tag- u. Nacht
Stettin	772,50	1/4ab	bd	2	5	Sabaranda	765,90	2	wolkenl	-10	
Hamburg	770,50	3	wolflig	0	0	Ceterburg	761,90	2	wolkenl	-10	
Berlin	772,0	1	wolkenl	0	0	Stettin	759,0	4	bedeckt	10	
Frankf. a. M.	770,0	1	Dunst	0	0	Aberdeen	758,0	4	bedeckt	6	
München	771,0	3	heiter	0	0	Paris	769,0	2	wolkenl	6	
Wien	770,0	2	bedeckt	0	0						

Wetterprognose für Dienstag, den 31. März 1914.

Trocken und vorwiegend heiter, etwas wärmer bei mäßigen (abspähten) Winden; (später langsam zunehmende Bewölkung).
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Wasserstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 29. 3.		am 28. 3.		Wasserstand	am 29. 3.		am 28. 3.	
	0m	cm ¹⁾	0m	cm ¹⁾		0m	cm ¹⁾	0m	cm ¹⁾
Remel, Mühl	528	0	528	0	Scale, Großfl.	238	-1	238	-1
Bregel, Brückburg	218	+3	218	+3	Qadel, Spandau ²⁾	118	-5	118	-5
Seichel, Thoru	255	+5	255	+5	Rutbenow ²⁾	125	-1	125	-1
Oder, Rathor	195	-8	195	-8	Spre, Spremberg ²⁾	114	-6	114	-6
Kroffen	233	-7	233	-7	Defer, Runden	144	0	144	0
Frankfurt	210	-9	210	-9	Rein, Raxau	428	-17	428	-17
Barthe, Sächsm	192	-4	192	-4	Rhein, Raxau	626	+12	626	+12
Landsberg	205	-1	205	-1	Raub	456	+11	456	+11
Rege, Borsum	92	+8	92	+8	Rau	505	-3	505	-3
Eibe, Zeitmerg	141	-10	141	-10	Reck, Heilbronn	215	-30	215	-30
Dresden	35	-17	35	-17	Rain, Sann	314	-5	314	-5
Barb	368	-8	368	-8	Rosel, Erier	359	-35	359	-35
Ragdeburg	304	-5	304	-5					

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall. - ²⁾ Unterdegel.

Esniest Goldfarb Opfimo mit Stabock!
Zin bollen Solfor erobanistuffen Blocken Inuitpland.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 31. März 1914.
Anfang 6 Uhr.
Palast-Theater. Spezialitäten.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Kollendorf-Theater. Variété.
Puppenspiele.
Anfang 7 Uhr.
Deutsches Opernhaus. Parfül.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Egl. Schauspielhaus. Die Venus mit dem Sapege.
Deutsches. Was ihr wollt.
Deutsches Künstler-Theater. Die Erzählung zur Liebe.
Theater am Kollendorfplatz. Der Jurkaton.
Sirkus Wald. Gelobte Erfüllung.
Sirkus Eulmann. Gelobte Erfüllung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.
Egl. Opernhaus. Elektra.
Urana. Hochspannung.
Song-Größer Straße. Die fünf Frankfurter.
Thalia. Wenn der Frühling kommt.
Belina. Symphonie.
Kammertheater. Frühlings Er- wachen.
Reines. Jettchen Gebert.
Theater an der Weidenammer Brücke. Der müde Theodor.
Trionon. Er und der Andere.
Komödienhaus. Kammermusik.
Berliner Theater. Wie einst im Mai.
Friedr.-Wilhelmst. Theater. Anfang 8 Uhr.
Fräulein Trallala. Sonntag nachm. 3 Uhr: Fräul. Trallala.
Theater am Kollendorfplatz 6. 3 Uhr: Neue Opernschule.
7 1/2 Uhr: Zum ersten Male: Der Juxbaron.
Deutsches Künstlertheater Sozietät.
Nürnberg. Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383.
Dienstag 7 1/2 Uhr. zum 1. Male: Erzählung zur Liebe.
Ein ernstes Spiel 1 1/4 Akt. v. G. Anfer.
Mittwoch 8 Uhr: Der Noub der Cabinerinnen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Frau Barrons Gemilde.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Berliner Götterball. Im Krug zum grünen Kranz.
Eines Kollendorf-Theater. Variété.
Puppenspiele.
Sternwarte. Juvalldenstr. 57-62
Theater des Westens. 8 Uhr: Polenblut.
Sonntag. 9 1/2: Gräfin Fil.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: Die Maschinenbauer.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Wann wir altern. Hierauf: Liebe, Nachher: Lottchens Geburtstag.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Maschinenbauer.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr: Das Glück im Winkel.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Das große Licht.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Wann wir altern. Hierauf: Liebe, Nachher: Lottchens Geburtstag.
Theater a. d. Weidenammerbrücke 8 Uhr: Der müde Theodor.
Theater in der Königgrätzer Straße 8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Komödienhaus. 8 Uhr: „Kammermusik“.
Berliner Theater. 8 Uhr: Wie einst im Mai.
Friedr.-Wilhelmst. Theater. Anfang 8 Uhr.
Fräulein Trallala. Sonntag nachm. 3 Uhr: Fräul. Trallala.
Theater am Kollendorfplatz 6. 3 Uhr: Neue Opernschule.
7 1/2 Uhr: Zum ersten Male: Der Juxbaron.
Deutsches Künstlertheater Sozietät.
Nürnberg. Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383.
Dienstag 7 1/2 Uhr. zum 1. Male: Erzählung zur Liebe.
Ein ernstes Spiel 1 1/4 Akt. v. G. Anfer.
Mittwoch 8 Uhr: Der Noub der Cabinerinnen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Frau Barrons Gemilde.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Berliner Götterball. Im Krug zum grünen Kranz.
Eines Kollendorf-Theater. Variété.
Puppenspiele.
Sternwarte. Juvalldenstr. 57-62
Theater des Westens. 8 Uhr: Polenblut.
Sonntag. 9 1/2: Gräfin Fil.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Dir. A. Fürst:
Hochspannung.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 182.
Das Recht auf den Tod.
Schauspiel in 4 Akten v. Gust. Zoffel.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Romeo und Julia.
Trionon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Er und der Andere.
Sonntag 8 Uhr: Die Liebe macht.
Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. Walthalla-Theater.
8 1/2 Uhr: Unser Junge.
Täglich 8 1/2 Uhr: Tangoheber.
Sollstüdt mit Gesang und Tanz
in 5 Bildern von Hans Rittler.
Gr. Hofe in Gef. u. Tanz in 3 Akten von E. Irden. Russl. n. Hugo Dieck.

Metropol-Theater.
Abends präzis 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Folies Caprice.
8 1/4 Café Pingshalm
Der Heiratsgraf
Meyersteins
Berliner Uk-Trio
Adr. Neukölln Lahnstr. 74/1

Zirkus Busch.
Gelegentlich der heutigen
Abschieds-Vorstellung
nehme ich hiermit Veranlassung, den Behörden der Reichshauptstadt, der gesamten Presse und allen Berlinern, jung und alt, welche nunmehr fast 20 Jahre lang mein treues und off begehrtestes Publikum gewesen sind, meinen wärmsten Dank für die mir in all dieser Zeit erwiesene Unterstützung und Anteilnahme auszusprechen. — Und mit dem für mich schweren Entschluß, nunmehr Abschied zu nehmen von der Stätte meines Wirkens und Strebens, verbinde ich die Hoffnung, in aller Herzen, die sich einst am Ernst und Scherz des Zirkus Busch erfreut haben, ein bleibendes, freundliches Andenken zu hinterlassen.
Berlin, den 31. März 1914.
Paul Busch
Königl. Preuß. Kommissionsrat.

Café Moritzplatz
Größtes Concert-Café Berlin S.
Heute Abschiedskonzert der Wiener Salonkapelle Adolf Grünberg.
Anfang 9 Uhr abends.
Vom 1. April jeden Nachmittags von 4 Uhr ab Kapelle der Nationalen Flugwehr unter Leitung des Kgl. Obermusikleiters F. Deckhorn.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester
Dirigent: Franz v. Blon.
Musikkorps des Kaiser-Franz-Regiments. Dirigent: Oberm. Becker.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 9 Uhr.
An allen Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.
Brauerei Friedrichshain
Dienstag, den 31. März, abends 8 Uhr:
Heitere Künstler-Soiree
Zum Benefiz des artist. Leiters der Künstler-Abende Harry Senger und Lola Gray.
Mitwirkende: Allererste Kräfte hies. Bühnen.
U. a.: Lona Hansen, Hermann Feiner, Lutz Werkmeister, Holländer, Improvisator Adelt Wenter, Conférencier, Oly Roman, Richard Wissiak, Franz Meißner, Fortalla, Fantasie-Tänzerin.
Entree 35 Pf.

WINTERGARTEN
765
Olga Desmond
sowie
letztes Auftreten
der
März-Attraktionen!
Mittwoch, 1. April:
Premiere!
— Rauchen gestattet! —

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Dienstag, den 31. März.
Um 9 1/2 Uhr: Fortsetzung des
Freien Ringkampfes
Catch as catch can
Alle Griffe erlaubt!
Es ringen folgende Paare:
1. Jimmy Essom gegen Derma (England) (Polen)
2. Chevalier gegen Spaul (Frankreich) (Russland)
3. Jaroninsky gegen Pettivan (Galizien) (Türkei)
4. **Entscheidungskampf** Derol gegen Selt (Asien) (Deutschland)
Vor den Ringkämpfen: Das große Ausstattungstück „Tipp“ sowie d. phän. Macprogramm. Anf. 7 1/2 Uhr. Ringkämpfe 9 1/2.

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 105. Male: 8 Uhr. Der Stolz d. 3. Kompagnie mit
Hartstein.
Sachen ohne Pause! Rauchen gestattet!

Voigt-Theater
Bahnhofsstr. 38.
Morgen Mittwoch, den 1. April:
So sind sie Alle!
Folle 1, 3 Akt. v. Wamflacht u. Beller.
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Vorangeht: Wontag, den 6. April: Benefiz für Lina und Karl Kooler.

Passage-Panoptikum.
Der englische
Riese
Teddy Bobs.
Der größte Mensch, der je gelebt! 160 mm größer als Macnow! 19 Jahre alt.
Ohne Extra-Entree!

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Die Novität „Im Tangoklub“ und zum 205. Male das effektvolle Eisballett „Die lustige Puppe“. Bis 6 Uhr abends und ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Weln- u. Bier-Abteilung.
Casino-Theater
Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis Mittwoch, den 8. April:
Die alle Webern.
Vorher ein erklaffiger bunter Teil. Sonntag, 12. April. Oftern, a. L. Role: Wo die Liebe hinführt. Sonntag, 4 Uhr: Unsere lieben Frauen.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Unsere süßen
Dirnenmädels.
Suriest n. Reijel
Anfang 8 Uhr.
Nächstes
Sonntag, nachm.
3 Uhr:
Studes Pflugsfahrt.

